REDAKTIONSNACHRICHTEN

Die Chile-Nachrichten werden im Auftrag folgender Komitees herausgegeben:

Chile-Komitee Berlin,
Chile-Komitee Hamburg,
Komitee für ein sozialistisches Chile Hannover,
Komitee "Solidarität mit Chile Heidelberg,
ALLA München,
Komitee Solidarität mit Chile Tübingen.

Die Redaktion ha t ihren Sitz in Berlin.

Alle redaktionellen Arbeiten, Schreibarbeiten, Lay-Out und Druckarbeiten werden vom Redaktionsteam und befreundeten Druckern gratis in Nachtarbeit erbracht. Aber die Kosten müssen aus dem Leserkreis gedeckt werden. Alle Leute, die bisher nicht für die "Chile-Nachrichten" gespendet haben (die Hälfte der Bezieher!), werden aufgefordert, dies sofort zu tun:

Spendenkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 38 oo 87 - 1o8
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut

Die Spenden müssen das Kennwort Chile-Nachrichten tragen, da sie sonst den allgemeinen Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugeschlagen werden.

Die Kostendeckung wird erreicht, wenn man sich an folgende Übersicht hält:

Solidaritätspreis - bei direkter Abgabe - DM 1.-
bei Zusendung innerhalb Berlins - 1.5o
bei Zusendung innerhalb der BRD - 2.-

Daraus folgt bei etwa monatlichem Erscheinen der normalen Nummer bei Berücksichtigung der Kosten von Büromaterial:

für ein Jahr in Berlin DM 25.- Solidaritätspreis
für ein Jahr innerhalb der BRD DM 3o.- Solidaritätspreis

Die Chile-Komitees und interessierte Buchläden können mehrere Exemplare einer Nummer gegen Voreinsendung von DMo.5o pro Exemplar erhalten, wobei davon ausgegangen wird, daß sie zum Solidaritätspreis von DM 1.- verkauft und die Ertäge der Öffentlichkeitsarbeit des jeweiligen Komitees oder dem Spendenkonto zugewiesen werden.

"SI COMPANERO" ist ein Informationsbulletin in spanischer Sprache für lateinamerikanische Flüchtlinge, das über die Berliner Redaktion zu beziehen ist. Nr. 3 erscheint ca. 25.5.

Redaktion dieser Nr.: R E D A K T I O N S K O L L E K T I V
Presserechtlich verantwortlich: Gisela Sommer

Redaktionsschluß für die nächste Nr.: 13. Juni 74
Letzter Einsendetermin: 1o.Juni 74

Alle Nachrichten , Beiträge und Bestellungen sind zu richten an:

Redaktion der "CHILE-NACHRICHTEN" c/o ESG, 1 Berlin 31
Koblenzerstr. 8, Tel.: o3o 853 8o oo

Solidaritätspreis 1,00 DM

CHILE-NACHRICHTEN

NUMMER 16 22.5.1974 WESTBERLIN

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE
- Die Junta wird nervös 1
- Die Agrarpolitik der Junta 7
- "Populismo" a la chilena? 10
ANALYSE
- Konflikt mit der Kirche? 12
CHILE UND LATEINAMERIKA
- "Partner" Paraguay 17
- Argentinien: zwei Peronismen 22
- Situation der Flüchtlinge in Lateinamerika 25
CHILE - BRD
- Zur Solidarität in der BRD 28
- Solidarität in Gewerkschaften 38
- Bundesärztekammer 43
- Solidarität für Akademiker 46
SOLIDARITÄT MIT CHILE
- Internationaler Chilekongreß in Frankfurt 48
- Der MAPU über die Solidaritätsarbeit 52
- Flüchtlinge in der BRD 56
INFORMATIONEN 59
BIBLIOGRAPHIE 61
REZENSIONEN 62
REDAKTIONSNACHRICHTEN 64
INDEX für Nr.1-15 auf den Seiten 29-36

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

Die Junta wird nervös

Schon nach acht Monaten unumschränkter Herrschaft im Dienste der " sozialen Marktwirtschaft " ist die chilenische Militärjunta dort angekommen, wo Ludwig Erhard immerhin erst nach 20 Jahren war: bei einer Wirtschaftspolitik, die sich auf ebenso verzweifelte wie hilflose Appelle beschränkt, weil sie sich selbst aller Mittel beraubt hat, die Wirtschaft noch wirkungsvoll zu beeinflussen.

Die Inflation und der damit verbundene Kaufkraftverlust der Massen der Bevölkerung haben ein so beängstigendes Ausmaß angenommen, daß der Junta nichts übrig bleibt als einerseits den Terror und die totale Rechtlosigkeit noch zu verschärfen, andererseits aber kleine, vorläufig ungefährlich erscheinende Ventile zu öffnen, durch die die angestaute Unzufriedenheit entweichen soll.

Allein in den Monaten Januar bis März sind die Einzelhandelspreise nach den offiziellen Angaben um 62,2 % gestiegen. Trotzdem versuchen die Propagandisten der Junta in der zensierten Presse den Eindruck zu erwecken, daß die Inflation weitgehend überwunden sei. Die wenigen von den Militärs selbst veröffentlichten Zahlen erlauben allerdings Berechnungen, die ein völlig anderes Bild ergeben.

Steigerung des Inflationsindex gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in Prozent:

Regierung der	1973	Juli	323
Unidad Popular		August	303
		September	286
		Oktober	528
		November	529
Militärjunta		Dezember	508
	1974	Januar	529
		Februar	652
		März	709

Die von der Regierung ständig herangezogene Begründung der Inflation durch die gestiegenen Erdölpreise kann kaum einen Bruchteil der Inflationsbeschleunigung erklären. Der eigentliche Grund liegt in dem weitgehend monopolistischen Charakter der chilenischen Wirtschaft und in der Wehrlosigkeit der Arbeiter, Konsumenten und auch Einzelhändler gegenüber dem Preisdiktat der Unternehmer, die die " soziale Marktwirtschaft " in ihren Dienst stellen.

Am ersten Mai nun hat General Pinochet neuerdings einen "Lohnausgleich " verkündet, der wieder weit davon entfernt ist, den Kaufkraftverlust tatsächlich auszugleichen. Zwar wurden die Familienzuschläge wesentlich gesteigert, aber die Masse der Löhne und Gehälter wurden nur um 30 % erhöht, und nicht einmal bei den " Mindestlöhnen " wurde der gesamte Kaufkraftverlust der letzten vier Monate ausgeglichen. So sieht die Lage der Arbeiter und Angestellten heute noch schlechter aus als nach dem letzten " Lohnausgleich " im Januar, bei dem sie

sch[illegible] 40 % ihres Realeinkommens eingebüßt hatten.

Um die Verbitterung nicht zu stark werden zu lassen, hat die Regierung dringend an alle Unternehmer appelliert, diese mäßigen Lohnsteigerungen in keinem Fall in Form von Preissteigerungen weiterzugeben, und unter ihrem Druck sah sich sogar der Präsident des Gesamtunternehmerverbandes Jorge Fontaine gezwungen, diesen Appell zu wiederholen, nun allerdings nur für"diejenigen Fälle, in denen das ohne eine schwere Beeinträchtigung der Unternehmen möglich ist." (Mercurio vom 5. Mai 74). Es ist schwer vorstellbar, daß sich irgendein Unternehmer nicht unter diese Fälle zählt, und so wird sich die Inflation wohl weiter beschleunigen.

Trotz ihrer auf das freie Spiel von Angebot und Nachfrage gerichteten Wirtschaftspolitik hat die Junta aber nicht einmal verhindern können, daß immer wieder Versorgungslücken entstehen. So wurde im April Zucker, Öl und Waschmittel so knapp, daß ein großer Run der Hausfrauen einsetzte und die altbekannten Käuferschlangen wieder zu sehen waren. Nur dürfen sie heute nicht mehr Schlangen genannt werden. Man stellt sich in " Reih und Glied ".

Die Lage ist also, wie gesagt, für die Junta so ungemütlich, daß Ventile geöffnet werden mußten. So erlaubte man der Konferenz der katholischen Bischöfe, am 25. April eine (mit zwanzig gegen vier Stimmen) angenommene Erklärung zu veröffentlichen, die nach vielen Verbeugungen vor der Großmut der Junta und vielen Aufrufen zur Versöhnung in christlichem Geiste am Ende vorsichtig die Sorge der Bischöfe um das Los der arbeitenden Bevölkerung und um die Wahrung der Menschenrechte ausdrückt. (Wir berichten darüber an anderer Stelle in diesem Heft ausführlicher.) Für wie mutig man immer Erklärungen dieser Art halten mag, entscheidend ist, was die Kirche und besonders manche Priester praktisch tun, und hier besteht kein Anlaß, an ihrem Mut zu zweifeln. Nicht umsonst hat auch die Junta den Kardinal Silva Henríquez mit einer Leibwache umgeben, die ihn mehr überwacht als bewacht.

Ein anderes Ventil war die Rede, die Manuel Rodriguez, früher Provinzsekretär der CUT von Santiago, Christdemokrat und glühender Anhänger der Putschtaktik von Eduardo Frei, am ersten Mai als Vertreter der Arbeiter im Beisein der versammelten Junta halten durfte. (Auch darüber berichten wir an anderer Stelle.) Rodriguez versuchte eine gemeinsame Front von Junta, Arbeiterschaft und Kirche gegen die wirtschaftliche Rechte zu begründen und die allgemeine Unzufriedenheit gegen die rücksichtslosen Unternehmer zu lenken. Tatsächlich ist der Industriellenverband SOFOFA jetzt dabei, verstärkt auf die Beseitigung einer der wichtigsten Errungenschaften, nämlich des angeblich gegen die Prinzipien der " sozialen Marktwirtschaft " verstoßenden Gesetzes zum Schutz gegen Entlassungen - das seit September kaum noch beachtet wurde-zu drängen. (Vergleiche ERCILLA Nr, 2022 vom 1. Mai und Mercurio vom 14. April.)

Rodriguez erhielt sofort Beifall von Rafael Cumsille, dem Präsidenten der Konföderation der Einzelhändler, die in einen immer stärkeren Gegensatz zu Industriellen und Großhändlern geraten sind, weil die steigenden Preise ihre Umsätze stark zurück gehen ließen. Cumsille war stark genug, seinen Verband vor einem Zusammenschluß mit der kleineren aber finanzell stärkeren Handelskammer - beherrscht vom Großhandel - zu bewahren, obwohl man ihnen mit Vorwürfen wegen angeblich zu schlaffer Haltung gegenüber der Allende-Regierung unter Druck zu setzen versuchte.

Abgesehen von den großen Verlusten, die den chilenischen Hochschulen und Forschungsstätten durch die direkten Verfolgungsmaßnahmen gegen unzählige Wissenschaftler zugefügt wurden, hat ein ungewöhnlicher Exodus ins Ausland eingesetzt, seit die Junta das Land beherrscht. So haben fast drei Viertel der Biologen und Mathematiker in Santiago ihre Arbeitsplätze an den Universitäten verlassen und sind in die Wirtschaft oder ins Ausland gegangen, wie der Präsident der Akademie der Wissenschaften Ende April bekannt gab.

So gelegen es zumindest Teilen der Junta kommen mag, wenn Kirchenführer, angebliche Arbeiterführer, Kleinhändler und Wissenschaftler - immer eingebettet in Treue - und Ergebenheitserklärungen - ihre Sorgen vortragen und darauf hinwirken, daß die Monopolbourgeoisie ihre Profitinteressen nicht völlig ungehemmt über das Gesamtinteresse der Bourgeoisie stellt, so ernst wird andererseits die Kontrolle der Linken und auch der Christdemokraten genommen, so sehr verschärft sich sogar der Terror.

Das nächtliche Ausgangsverbot besteht immer noch, wird sogar zu besonderen Anlässen, wie etwa zum ersten Mai, verlängert. Der Zustand des inneren Krieges wird unter ausdrücklichem Hinweis auf die von der Linken drohenden Gefahr beibehalten. Die Antikommunistische Terrororganisation, DINA, erhöht ihre Anstrengungen und rühmt sich, heute 300 Agenten im Ausland zu haben, darunter auch Leute in Havanna und Moskau. Tatsächlich ist es der Geheimpolizei gelungen, die Verfolgung von Kurieren aus dem Ausland der Untergrundarbeit der Sozialistischen Partei einen schweren Schlag zu versetzen. Auch der MIR wurde Anfang Mai durch die Verhaftung einiger wichtiger Führer schwer getroffen. Trotzdem lassen die Parteien der Linken ihre Arbeit der Reorganisation sich nicht beirren..

Die Prozeßwelle gegen die Linke läuft inzwischen auf vollen Touren. Ende April wurden in San Fernando fünf Sozialisten zum Tode verurteilt, später dann zu lebenslanger Haft begnadigt. Es folgten Massenprozesse in Punta Arenas, in Talca und in Rancagua (hier vor allem gegen Mitglieder der Sozialistischen Partei), schließlich ein weiterer Massenprozeß gegen Mitglieder der MIR in Temuco. Inzwischen wird auch angekündigt, daß den Prominenten, die monatelang auf der Insel Dawson festgehalten worden waren, nun bald der Prozeß gemacht werden soll.

Vorläufig aber findet noch ein Prozeß, der gegenwärtig gegen 54 Offiziere und Unteroffiziere der Luftwaffe und 10 Zivilisten geführt wird, die meiste Beachtung. (Erst vier Wochen nach Erscheinen der ersten Dokumentation der Chile-Nachrichten berichtete die chilenische Presse zum ersten Mal über diesen Prozeß.) Er ist auch deshalb so wichtig, weil sich aus der Annahme oder Ablehnung der in der Anklageschrift aufgestellten Kriterien die Politik für die zukünftigen Prozesse ablesen läßt. Der Staatsanwalt der Luftwaffe hat nämlich geltend gemacht, daß der Kriegszustand mit der Amtsführung Allendes bereits begonnen hat, daß das Kriegsrecht deshalb rückwirkend gelte, daß die Sozialistische Partei, die MIR, der MAPU und die Kommunistische Partei als Feinde im Sinne des Kriegsrechts gelten müßten, woraus sich dann ableiten läßt, daß jede Arbeit für die Regierung Allende als feindliche Handlung gewertet werden kann. Eine Vorentscheidung ist insofern schon gefallen, als den Verteidigern -von denen einige sich zur Zeit der Allende-Regierung als Anwälte von putschistischen Offizieren hervorgetan hatten- verboten wurde, sich zur Frage der Legalität und Legitimität der Allende-Regierung überhaupt zu äußern. Ebenso wurde ihnen verboten, über Foltern an den Angeklagten zu sprechen, obwohl die gesamte Beweisführung des Staatsanwalts auf erzwungenen Geständnissen beruht, die sie heute vor Gericht widerrufen.

Luftwaffengeneral Gustavo Leigh scheint mit diesem Prozeß von Anfang an das Ziel verfolgt zu haben, seine Junta-Kollegen auf eine militärfaschistisch-autoritäre Linie festzulegen. Er ist derjenige aus der Junta, der sich heute am häufigsten und präzisiertesten zur allgemeinen Politik der Junta äußert. So hat er in einem Interview einfach gesagt: " Chile wird von der Junta regiert, Punkt. " Das heißt, sonst hat niemand etwas zu sagen. (ERCILLA Nr. 2020, 17. April) Und nach übereinstimmenden Meldungen von New York Times, Le Monde und Opinión (Buenos Aires) hat er zu der Erklärung der Bischöfe gesagt, daß sie wohl, ohne sich darüber klar zu sein, Agenten des internationalen Marxismus zu sein könnten. Kurz, für Leigh ist die gesamte Politik nichts anderes als Krieg gegen die Linke. Und so versteht sich auch, daß er zu Immatrikulationsfeier der Rechtsfakultät der Katholischen Universität einen Vortrag gehalten hat, dessen wesentliche Passagen auf der Anklageschrift seines Staatsanwalts beruhen.

In dieses Bild fügt sich die Tatsache ein, daß die bewaffnete Polizei jetzt aus dem Innenministerium hinaus- und in das Verteidigungsministerium eingegliedert worden ist. Der "Mercurio" (28. April) leitete daraus, ganz in der Logik von Leigh, ab, daß damit ein neues Konzept von"nationaler Verteidigung" gültig geworden sei, das sich auch gegen den inneren Feind richte.

Der äußere Feind wird über all dem nicht vergessen. Obwohl gelegentlich die guten Beziehungen zu Argentinien und Peru betont werden, darf die zensierte Presse nicht gegen beide Länder schießen, wie es ihr gefällt. Seit Pinochet in einer

Rede in Osorno behauptet hat, daß sich jenseits der Grenzen 14 000 Extremisten auf den Einmarsch nach Chile vorbereiten, läßt der "Mercurio" kaum eine Gelegenheit aus, den Gouverneur der argentinischen Nachbarprovinz Mendoza als gefährlichen verkappten Marxisten zu entlarven und dem Präsidenten Perón vorzuwerfen, ihn trotz seiner Gefährlichkeit immer noch nicht abgesetzt zu haben. Und in der juntabegeisterten Zeitschrift "Que pasa" (Nr. 158, 3. Mai) werden nebeneinander drei Bilder gezeigt, auf denen je ein Mann ein sowjetisches Maschinengewehr bedient. Der eine Mann ist Che Guevara, der zweite Salvador Allende und der dritte General Mercado Jarrín, Ministerpräsident und Kriegsminister von Peru.

Derweil wurde die Reihe der Länder, zu denen die Junta besonders freundliche Beziehungen unterhält, durch einen Besuch Pinochets in Paraguay um eins erweitert.

(Wie es in Paraguay gegenwärtig aussieht, erfährt man auch noch in diesem Heft).

Die Agrarpolitik der Junta

Der Liberalismus, der heute die Wirtschaftspolitik der Junta bestimmt, ist Ausdruck der herrschenden Interessen der reaktionärsten Fraktion der chilenischen Bourgeoisie, vor allem der oligarchischen Gruppen aus dem Agrar-, Industrie-, Handels- und Finanzbereich. Dementsprechend klingen die ständig wiederkehrenden Erklärungen von Unternehmens- und Regierungsseite, nach denen "die beiden Stützpfeiler der wirtschaftlichen Entwicklung Chiles...der Bergbau und die Landwirtschaft (sein werden)"; diese Erklärungen geben vor, eine bessere Verteilung des im Lande verbleibenden Überschusses zugunsten der Agrarbourgeoisie (die heute notwendig die alte Oligarchie einschließt) und einiger der im Bereich Finanzen-Handel-Industrie agierenden monopolistischen Gruppen anzustreben.
In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen zu beurteilen wie die extreme Liberalisierung der Preispolitik, die - indem sie auf Produkte der Land- und Viehwirtschaft ausgedehnt wird (eine der drei Hauptmaßnahmen in der aktuellen Agrarpolitik) - zu einem Transfer des Überschusses von der Industrie zur Landwirtschaft führen wird. Dies ergibt sich eindeutig aus den Garantien, die die Junta auf dem Gebiet der Agrarpreise gegeben hat (ebenso wie auf dem der Industriepreise) und zwar bis zu dem Punkt, "wo sie dem langfristigen internationalen Preisniveau entsprechen" (El Mercurio, Santiago de Chile, 16.4.1974)
Nun ist bekannt, daß die internationalen Preise, vor allem die Getreidepreise (und im allgemeinen die Nahrungsmittelpreise, wie auch die Preise für andere Rohstoffe) gegenwärtig sehr viel schneller steigen als die Preise für Industrieprodukte. Diese Tendenz wird nicht nur den Anteil des Agrarsektors an der Aneignung des Überschusses steigern, sondern auch inflationäre Auswirkungen haben, die mit derselben Brutalität, wie jetzt schon auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Auf der anderen Seite bewirkt diese Entwicklung - zumindest mittelfristig - eine Krise der städtischen Produktionsbereiche mit geringer Technologie und damit niedriger Produktivität.
Die ökonomisch-ideologische Argumentation, die diesem angestrebten Modell zugrundeliegt, soll die dramatische reaktionäre Anstrengung rechtfertigen, mit der die auf Rohstoffexport ausgerichtete Wirtschaft in ihrer alten Form wieder aufgebaut werden soll, in der Form also, die zwischen 1840 bis zur großen Depression der dreißiger Jahre vorherrschte.
Dramatisch auch deshalb, weil es für die reaktionären bourgeoisen Gruppen unmöglich ist, das Rad der Geschichte bis zu Beginn des Jahrhunderts zurückzudrehen. Aber der Versuch, die liberalen Funktionsmechanismen der Wirtschaft wiederherzustellen, überschneidet sich mit einer strukturellen Situation, derzufolge in den letzten Jahrzehnten auf dem Land eine wichtige kapitalistische Entwicklung vorangetrieben und besonders durch die letzten neun Jahre der Agrarreform beschleunigt worden ist. Dieser Prozeß brachte eine fortschreitende politische und soziale Schwächung der Agraroligarchie zugunsten der Agrarbourgeoisie mit sich. Die Konsolidierung erlaubte es dieser, die kapitalistischen Ausbeutungsformen der Arbeitskraft als allgemeingültig in der chilenischen Landwirtschaft hinzustellen, zu einem Zeitpunkt, als diese kapitalistische Rationalität noch gar nicht in alle Bereiche der Landwirtschaft vorgedrungen war.
Wenngleich auch in der neuen Situation die alte Oligarchie politisch die führende Rolle zu spielen scheint, so bedeutet dies doch nicht, daß sie die chilenische Agrarwirtschaft in jenen alten Zustand zurückversetzen könnte, in dem das unproduktive, durch irrationale extensi-

ve Bearbeitungsmethoden gekennzeichnete Latifundium Produktionseinheit war. Heute hat die Oligarchie vielmehr keine andere Möglichkeit, als dem Kurs zu folgen, den ihr die Agrarbourgeoisie vorschreibt, und ihre Landwirtschaft auf eindeutig kapitalistischer Basis zu konzentrieren. Selbst wenn sich die alten oligarchischen Gruppen diesem Prozeß der kapitalistischen Modernisierung der Landwirtschaft anschließen in der Hoffnung, daraus politisches Kapital schlagen zu können, werden sie dennoch von innen Einfluß auf ihn nehmen, um ihn in bestimmten Grenzen zu halten. Dies bedeutet einerseits die Verhinderung einer Kapitalakkumulation, die hinführen würde zu einer Unterordnung des Agrarsektors unter den Industriesektor (worauf wir schon hingewiesen haben) und andererseits - und auch das als Konsequenz - ist es Ausdruck der Strategie dieser Gruppen, verlorene Positionen auf dem Land wiederzuerobern. Vor dieser Perspektive ist die sogenannte "Bereinigung der Situation der 3.000 Landgüter"zu sehen, für die es unter der Regierung der UP für die alten Eigentümer kein anerkanntes "Reserverecht" gab. (Das "Reserverecht" bedeutete, daß bei der Enteignung von Landgütern über 80 ha bewässerungsfähigem Boden der frühere Eigentümer bis zu 80 ha behalten konnte. In der Regel handelte es sich dabei um die am besten bewirtschafteten und fruchtbarsten Teile des früheren Gesamtbesitzes.)
Ohne Zweifel bestätigt die Rückgabe von Vorrechten an die alten Latifundistas das eben Gesagte, ist sie doch Ausdruck dieser Gruppen, die alten Verbindungen lokaler und regionaler Macht wiederherzustellen, und zwar sowohl der politischen wie der ökonomischen; allerdings müssen sie diesmal die daraus resultierenden Vergünstigungen mit den eigentlichen Agrarbourgeoisie teilen. In diesem Zusammenhang sind die Forderungen nach politischer und administrativer Dezentralisierung zu sehen, die die Vertreter der chilenischen Bourgeoisie heute erheben.
Die Vereinigung der Macht der Oligarchie und der Bourgeoisie im Agrarbereich drückt sich nicht nur im politischen Bereich in der Kontrolle über Verwaltung und Justiz und über den gesamten repressiven Apparat aus, sondern auch im ökonomischen in der Kontrolle über die Kreditvergabe und die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte.
Dieser Punkt ist von wachsender Bedeutung für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung der Beziehungen, die sich zwischen dem neuen kapitalistischen Großgrundeigentum und dem bisher als "reformiert" bezeichneten Sektor der chilenischen Landwirtschaft herausbilden.
In der Tat gehen die von der Junta in Verbindung mit dem reformierten Sektor unternommenen Maßnahmen darauf aus, innerhalb von 5 Jahren 90.000 campesinos Eigentumstitel zu übertragen, die individuell und nur in ganz speziellen Fällen in genossenschaftlicher Form zugeteilt werden. Dies betrifft das gesamte enteigenete Land (60,8% des bewässerten Landes und 31,7% des kultivierbaren Landes) und nicht nur das unter der UP enteignete.
Die starke Aufsplitterung des Bodens bis hin zur Schaffung von 90.000 neuen Eigentümern zeigt - wenn sie sich auch in den verschiedenen Agrarregionen noch ungleich und gegensätzlich auswirkt, doch die vorherrschende Tendenz: Die Vermehrung bäuerlicher Subsistenzwirtschaften. Die objektive Grundlage für diese Subsistenzwirtschaft ist die geringe Größe, die relativ schlechte Qualität und auch die unzureichende Kapitalisierung vieler landwirtschaftlicher Grundstücke. Dem widerspricht nicht, daß parallel zur Entwicklung von Minifundien eine Art mittleres Grundeigentum aufgebaut wird, das eine angemessene Produktivität erreicht; allerdings sind dieses Eigentum immer von den Spekulationen der Bourgeoisie mit Krediten und Agrarpreisen bedroht sein.
Dies führt zu einer Neuauflage des Prozesses wachsender Verschuldung der Kleineigentümer ohne die Möglichkeit einer Verteidigung.

Die Tendenz zur Pauperisierung wichtiger Gruppen von campesinos, die ursprünglich durch die Landreform begünstigt wurden, schafft mittel- und langfristig vorteilhafte Bedingungen für die fortschreitende Rekonzentration des Landes: Die neuen kleinen Grundbesitzer siedeln sich rund um das Land an, das der frühere patrón zurückgewonnen hat, der über die notwendige ökonomische Macht verfügt, um die Kleineigentümer von ihrem Land zu vertreiben (vor allem von dem qualitativ besseren). Auf diese Weise kann der frühere Großgrundbesitzer seinen Grundbesitz allmählich immer weiter ausdehnen, den er natürlich auf rationellerer kapitalistischer Basis ausbeutet.
Die Kehrseite dieser Tendenzen ist die zunehmende Proletarisierung der Masse der kleinen Grundbesitzer, die sich in das riesige Heer lohnabhängiger Gelegenheitsarbeiter einreiht, die heute auf der Suche nach Arbeit durch das Land ziehen.

In der chilenischen Landwirtschaft zeichnet sich, wie wir sehen, eine zunehmende Konsolidierung des Kapitalismus ab. Diese Entwicklung stimmt in großen Zügen mit ähnlichen Erfahrungen anderer Länder überein, z.B. Erfahrungen aus der Agrarreform in Mexiko und Bolivien.
In diesen Ländern hatte zwar, ähnlich wie in Chile, eine tiefgehende Landreform begonnen; sie konnte jedoch die engen Grenzen der bürgerlichen Demokratie, innerhalb deren sie vollzogen wurde, nicht überwinden und führte damit zu Konsequenzen wie sie heute in diesen Ländern sichtbar geworden sind. Hierin drücken sich nur die unvermeidlichen Folgen der historischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aus, die sich uns heute wieder in ihrer ganzen Brutalität offenbaren.

¿ »Populismo« à la chilena?

Die offizielle 1.Mai - Feier in Santiago brachte interessante neue Elemente dafür, wie sich die Junta ihre Beziehungen zur Arbeiterschaft vorstellt. Im ehemaligen UNCTAD-Gebäude und heutigem Regierungssitz hatten sich 3000 "Arbeitervertreter" versammelt - die Creme der reaktionären Verbandsfunktionäre, die so effizient beim Sturz Allendes mitgewirkt hatten, verstärkt durch Opportunisten aller Schattierungen. Formell hatten sie die Junta zur Teilnahme eingeladen, de facto war es umgekehrt.

Als"Vertreter der Arbeiterschaft" sprach Manuel Rodríguez, der am 11. September die Arbeiterschaft dazu aufgerufen hatte, sie sollte ihrer Freude über die Befreiung vom Marxismus dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie unverzüglich an die Arbeit zurückkehre, sobald die neue Regierung dies verlange. Rodríguez war als Kandidat der Christdemokraten gegen die mehrheitliche aber zersplitterte Linke mit ca. 35 % der Stimmen zum Generalsekretär der Provinz Santiago der CUT gewählt worden und hatte sich als erbitterter Gegner der Regierung Allende und einer der finstersten Gestalten der Gewerkschaftsbürokratie hervorgetan; in der letzten Phase vor dem Putsch hatte er selbst vor Kontakten mit "Patria y Libertad" nicht mehr zurückgeschreckt. Um so bedeutungsvoller ist der geradezu kämpferische Inhalt seiner Rede:

Rodríguez dankte zunächst für das Vertrauen, daß die Regierung ihm dadurch erwiesen habe, daß sie auf die vorherige Kenntnis seiner Rede verzichtete (!). Dann entwickelte er folgende ketzerische Gedanken:

- Die gegenwärtige Kommunikationslosigkeit zwischen den Arbeitern und der Regierung muß überwunden werden.
- Da die Arbeiterschaft beim Sturz des Marxismus mitgewirkt habe (sic), müsse sie nun auch ein Mitspracherecht bei denjenigen Maßnahmen haben, die sie betreffen. "Herr Präsident, mit allem Respekt möchten wir darauf hinweisen: Wir Arbeiter fordern unseren Platz in dieser Diskussion. Das heißt, daß die entsprechende Kommission zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Vertretern der Regierung zusammengesetzt ist."
- Die Beschränkungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit müßten gelockert werden.
- Wenn die gegenwärtige Krise eine Beschränkung der Rechte der Arbeiter erfordere, warum dann nicht auch der Unternehmer? "Herr Präsident, für die Unternehmer besteht diese Krise nicht.... Sie versammeln sich, um für ihre Interessen zu kämpfen, um zu prüfen, wie sie bessere Gewinne erzielen können."
- "Das Einkommen der Arbeiter hat einen schweren Sturz erlitten der nicht gelöst wird mit der täglichen Wanderschaft auf der Suche nach dem billigsten Artikel." Wenn die Preise auf internationales Niveau gebracht würden, könne man die Löhne nicht unverändert lassen.
- In einem Nebensatz beklagte er das schlechte Bild Chiles im Ausland.
- Schließlich empfahl er die Lektüre der Erklärung der Bischöfe. "Uns besorgt außerordentlich die zu beobachtende Entfremdung der katholischen Kirche"(von der Regierung).

Bringt man diese Rede auf die Begriffe Identität, Totalität und Opposition, so ergibt sich: Als Identität werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verstanden, und zwar in Opposition zu den Unternehmern und ihren Verbänden. Als Totalität wird das Dreieck Regierung - Arbeiter - Kirche aufgebaut.

Der MERCURIO kritisierte umgehend in einem Kommentar am 3.5. diese "Tendenz, die nicht mehr übereinstimmt mit der seit dem 11.September geschaffenen Situation" und belehrte Rodríguez, daß es eine Gegenüberstellung Unternehmer - Arbeiter im Sinne veralteten Klassendenkens nicht gebe und daß alle - Unternehmer, leitende Angestellte und Arbeiter - eben Arbeiter seien.

Anders reagierte Pinochet: Er umarmte Rodríguez am Ende seiner Rede und ließ einige Tage später - als Antwort auf den Kommentar des MERCURIO - durchsickern, an dieser Rede dürfe nicht gerührt werden.

Diese Reaktion bedeutet mindestens, daß die Junta die Notwendigkeit gelegentlicher Ventilöffnungen anerkennt. Sie impliziert aber auch, daß sie die Gesichtspunkte von Rodríguez als mindestens erlaubte akzeptiert. Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß sie ihr positiv als Versuchsballons für eine künftige "populistische" Öffnung dienen könnten.

Die Junta merkt immer deutlicher, daß sie allein auf Repression gestützt nicht regieren kann und daher irgendeine Form der Unterstützung braucht. Korrupte Gewerkschafter wie Rodríguez könnten dabei geeignete Instrumente sein, um gegen minimale Zugeständnisse und eine autoritär-paternalistische verbale "Volksverbundenheit" machthungrige Opportunisten an sich zu binden und die Sozialfeindlichkeit ihrer Politik zu verschleiern - eine Art Brutal-Populismus, der natürlich die gleichzeitige Fortsetzung der blutigen Repression impliziert. Eine andere Frage ist, ob sich ein solchesModell heute in Chile durchsetzen läßt, und ob diese Junta das kann. Es gibt Vermutungen in Chile, daß das Militär selbst diese zu verhaßte und zudem politisch untalentierte Equipe Ende 1974 austauscht und einen neuen Stil mit neuen Männern versucht. Unter diesen möglichen neuen Männern wird auch Arellano Stark genannt - der "Bluthund des Nordens" und gegenwärtiger Kommandant der Militärregion von Santiago.

Innenminister Bonilla, Gewerkschaftsfunktionär Rodríguez und Pinochet bei der 1.Mai-Feier im Regierungsgebäude.

ANALYSE

Konflikt mit der Kirche ?

Nach dem Militärputsch in Chile stellte sich sehr bald heraus, welche die Gruppe der Juntaanhänger innerhalb der katholischen Kirche waren. Laien, Priester und Bischöfe dieser Gruppe gaben sich zu erkennen, in dem sie lauthals und bedingungslos die Politik der Junta feierten und für derartige Stellungnahmen so ziemlich unbegrenzt sämtliche Kommunikationsmittel des Landes zur Verfügung hatten. Alle diese Erklärungen strotzten von Geschmacklosigkeiten. Sie unterschieden sich höchstens durch die mehr oder weniger große Primitivität ihrer Ausdrucksweise.

So sagte der Presbiter Guillermo Varas Arangua am 18. September 1973, eine Woche nach dem Putsch:
"Mit tiefster Dankbarkeit eines Bürgers und Priesters verspreche ich, zu Füßen des gekrönten Bildes unserer heiligsten Mutter von Carmen, die in der Erlöserkirche unserer Hauptstadt verehrt wird, Patronin und vereidigte Generälin der Streitkräfte und Polizeieinheiten Chiles, sieben Monatsmessen (für ewige Zeiten) zu feiern für den Triumphsieg der Junta ..."

Im Januar wiederholte er diese seine Intentionen:
"Ständig möchte ich Jubelgesänge für die Junta singen, weil sie es verdient, weil die Dankbarkeit des Bürgers es so fordert. So verlangen es auch, mit grösserem Recht noch, die Priester, denn die Haltung der Junta - vor der ich mich voller achtungsvoller Bewunderung und Dankbarkeit verneige - kann von niemandem übersehen werden; denn dank ihrer Entscheidung retten sie unseren CHRISTLICHEN UND KATHOLISCHEN GLAUBEN und dies ist ein unendlich höherer Preis als unsere persönliche Eigenexistenz." (Mercurio, Jan. 74)

Der Erbärmlichkeit dieser Lobgesänge schließen sich die juntatreuen Bischöfe an. So sagt der Erzbischof von Valparaiso:
"So wie ein zum Tode verurteilter Kranker sich durch eine gelungene Operation erholt, so hat das Land einiges Blut verloren, hat einigen Schmerz erlitten und es gibt Wunden die vernarben müssen.
Aber das Leben Chiles als freie und souveräne Nation ist gerettet." (Mercurio, 21.1.74)

Und der Bischof von Linares, Augusto Salinas Fuenzalida:
"Folglich, weit entfernt davon, einen Rückschritt einzuleiten, ist man dabei, auf einem Wege fortzuschreiten, der zu einem größeren Wohlstand für alle führt, ganz besonders aber für die Werktätigen ... Ich möchte hinzufügen, daß wir eine Stunde großer Opfer erleben ... Die fruchtbarsten Stunden der Nationen sind auch die schmerzhaftesten. In ihnen wurde Chile geboren, in ihnen schmiedete es seine Größe. Unsere wunderbare Geschichte ruft uns durch das Echo von Chacabuco und Maipu, von Chorillos und Miraflores auf, Helden zu werden." (Mercurio, 3.3.74)

Die letzteren Namen beziehen sich auf Schlachten des XIX. Jahrhunderts, sowohl der Befreiungskriege als auch aus dem pazifischen Krieg. Ironischerweise haben sie auch aktuelle Bezüge. Chacabuco nennt sich ebenfalls das Salpeterbergwerk, das von der Junta in ein Konzentrationslager umgewandelt wurde, und Maipu nennt sich das Schiff im Hafen von Valparaiso, indem heute die "Kriegs"gefangenen der Provinz Valparaiso konzentriert, verhört, gefoltert, erschossen, ausgesiebt und abtransportiert werden.

Wenn auch diese Art Lobgesänge der Anhänger der Junta heute völlig das

Öffentlichkeitsbild der katholischen Kirche in Chile bestimmen, so dürfen sie andererseits auch nicht mit der tatsächlichen Meinung dieser Kirche identifiziert werden. Während die juntatreuen Bischöfe praktisch über die Kommunikationsmittel verfügen, stehen andere kirchliche Gruppen unter ständigem Druck. Auf der einen Seite handelt es sich um die Gruppe "Christen für den Sozialismus". Diese wurden unmittelbar nach dem Putsch auf die härteste Weise durch die Junta verfolgt, ihre Mitglieder verhaftet oder ausgewiesen, einige erschossen.

Die zahlreichste Gruppe hingegen, hinter der die Mehrheit der Bischofskonferenz steht und die am eindeutigsten vom Kardinal vertreten wird, suchte das Zwielicht. Auf der einen Seite schlug der Kardinal auf die Christen für den Sozialismus ein, als sich die Verfolgung der Junta gegen diese richtete. Er schwieg nicht etwa, sondern suchte die Öffentlichkeit auf, um sie zusätzlich zu diffamieren. Gleichzeitig legitimierte der Kardinal den Putsch der Junta und gab ihr in der Gratitud Nacional seinen Segen. Er betonte, daß sie sich zum Unterschied von der vorhergehenden Regierung zumindest aus Katholiken zusammensetze und forderte von der Junta für die Kirche Autonomie.

Als er in der Gratitud Nacional der Junta seinen Segen gab, tat er dies mit folgenden Worten:
"Wie schön ist die Seele Chiles! Und wenn der Herr selbst in unseren Herzen den Pulsschlag der Erneuerung anregt, wenn der Geist des Herrn heftig weht und von uns die Evangelisierung der Armen und die Freiheit der Unterdrückten fordert, so verlangt er sicher nicht von uns, die Seele Chiles zu verneinen und zu zerstören... Gemeinsam mit unserer Liebe zur Freiheit besteht unsere Liebe für das Gesetz. Wir haben geglaubt, daß dieses die beste Garantie unserer Freiheit ist und die beste Anregung für unsereEntwicklung. Wir haben das Recht geachtet und wenn es nicht mehr gerecht oder wirksam war, haben wir es durch ein anderes ersetzt. Wir haben die Ordnung der Unordnung, die Autorität der Anarchie, den Dialog dem Zwang, die Gerechtigkeit der Gewalt, die Liebe dem Hass vorgezogen." (Tercera, 19.9.)

Damit war die Legitimierung der Junta durch den Kardinal ausgesprochen. Dennoch trat er nicht in eine Position ein, wie sie die eigentlich juntatreuen Bischöfe eingenommen hatten. Er erklärte die Junta für legitim, verlangte aber die Autonomie der Kirche gegenüber der Regierung:
"Wir haben uns erlaubt, Präsident Allende zu kritisieren, als er an der Macht war ... Jetzt streben wir eine gute Zusammenarbeit mit der derzeitigen Regierung an. Das kann durchaus bedeuten, daß wir uns auch erlauben, der neuen Regierung Fehler vor Augen zu halten, wenn wir dies für erforderlich halten ... Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir wollen das Vergangene nicht verurteilen, das Gegenwärtige weder sanktionieren noch verurteilen." (Interview KNA vom 6.11.73)

Autonomie der Kirche ist für den Kardinal das Recht, die Junta kritisieren zu dürfen, wenn sie Fehler macht. Ganz in diesem Sinne versteht er es auch, wenn er sagt, daß er das Gegenwärtige nicht sanktionieren noch verurteilen wolle. Im selben Sinne sagt er auch, daß es nicht seine Aufgabe sei, Regierungen zu legitimieren oder abzusetzen.

Was hingegen nur indirekt angesprochen wird, und was hinter dieser seiner Weigerung steht, Regierungen zu legitimieren, ist etwas anderes. Er fühlt sich nur berufen, eine bestimmte Gesellschaftsordnung zu legitimieren, nicht aber die Regierungsformen die innerhalb dieser Gesellschaftsordnung aufkommen können. Die Gesellschaftsordnungen, zu deren

Legitimierung er sich sehr wohl berufen fühlt, ist die des Privateigentums - in diesem Punkt ist er sich mit den Juntatreuen Bischöfen und der Junta selbst absolut einig. Aber er will sich nicht mit der Form identifizieren, in der eine bestimmte Regierung diese Privateigentumsordnung verteidigt. Hier setzt sein Recht auf Kritik ein, und dies ist die Autonomie die er fordert.

Der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Bischof Camus, drückt sehr genau aus, worum es hierbei geht:
"Ich glaube, daß die Situation chaotisch war und es keine andere Lösung gab. Die Streitkräfte erfüllten eine patriotische Pflicht." (Mercurio, 21.3.74)

Die Kritik, die die Bischöfe ausüben wollen, ergibt sich dann folgendermaßen:
"In diesem Moment sind wir um die Wiederversöhnung besorgt ... Gleichzeitig ist es nötig, das Aufwallen der Leidenschaften zu beenden, daß der Kirche eine konstruktive Arbeit unmöglich macht." (Mercurio, 21.3.74)

Dem geht eine pharisäische Selbstreinwaschung von jeder Schuld voraus:
"Für das Land steht es fest, daß die Bischöfe alles in ihrer Macht stehende getan haben, damit Chile innerhalb der Verfassung und des Gesetzes blieb und jedweder Ausbruch von der Art, wie ihn jetzt unsere instituionelle Krise gefunden hat, vermieden wird". (Erklärung der Bischofskonferenz 13.9.73)

Und die Kritik richtet sich gegen 'unnötige Exzesse":
"Wir bitten um Mässigung gegenüber den Besiegten. Es möge keine unnötigen Repressalien geben. Man möge den aufrichtigen Idealismus in Betracht ziehen, der viele beseelte, die jetzt besiegt sind. Der Hass möge aufhören und die Versöhnung eintreten." (Erklärung der Bischofskonferenz 13.9.73)

Drei Tage darauf tritt der Kardinal dann an die Öffentlichkeit, um die "Christen für den Sozialismus" - die schließlich auch zu diesen besiegten gehören - zum erstenmal in Chile öffentlich zu verurteilen und ihre Position für unvereinbar mit dem Christentum zu erklären. Er lieferte sie aus und bat gleichzeitig um Schonung. Er stellte damit aber auch klar, daß für ihn die Junta eine auf dem einzig legitimen Boden des Privateigentums entstandene Regierung war. Er wandte sich daher gegen die Mißbräuche der Junta.

Zwischen dem September und heute folgte dann eine Geschichte kontinuierlicher Gegensätze zwischen der Junta und dem Kardinal, in der der Kardinal ständig für die Schonung der Opfer eintrat und die Junta auf dem Recht auf die physische Ausrottung ihrer Gegner bestand. Der Kardinal setzte sich zur Wehr, indem er die Notwendigkeit der Unterstützung für die politischen Flüchtlinge betonte und auch hin und wieder demonstrativ auf die Verbrechen der Junta hinwies, wie er dies beispielsweise tat im Falle des Ex-Verteidigungsministers der UP, Jogé Toha. Die Junta kündigte seinen Tod durch Selbstmord an und der Kardinal selbst las für ihn die Totenmesse, um dadurch zu bezeugen, daß es sich um eine Lüge der Junta handelte.

Besonders offen wurde der Konflikt in den Ostertagen. In seiner Osterpredigt sprach der Kardinal davon, daß sein Leben bedroht sei und daß er jetzt sogar gezwungen sei, ständig sich von einer Leibgarde zu umgeben.

In der Woche nach Ostern fand dann eine Konferenz der chilenischen Bischöfe statt, die ein Dokument ausarbeitete, das mit 2o zu 4 Stimmen

angenommen wurde und mit sehr viel Verspätung am 25. April 1974 im Mercurio veröffentlicht wurde.

Die Präsentation dieses Dokuments ist eine Geste der Unterwerfung unter die Junta. Es wird auf doppelte Weise vorgestellt. Einmal wird gleichzeitig mit dem Dokument eine Dokumentation aller Verurteilungen und Kritiken der Bischofskonferenz und des Kardinals, die sich gegen die Regierung Allendes richten. Zum anderen fügte man dem Dokument eine Einleitung bei, in der die Junta ganz direkt unterstützt wird und in der es heißt:
"Wir möchten nicht, daß dieser Teil unserer Reflektion als politisch beurteilt wird... Die uns regierenden Personen wurden vom Inhalt dieser Erklärung informiert, und nahmen die edle Haltung ein, unsere Freiheit zu respektieren. Dies ist der beste Beweis dafür, daß in Chile das Recht anderer Meinung zu sein, existiert und daß das Recht weiterhin in Chile Geltung hat." (Mercurio, 25.4.74)

Das Zitat zeigt gut, was diese Bischöfe unter einer nicht politischen Stellungnahme verstehen. Auf der anderen Seite handelt es sich um eine offene Lüge. Das Recht anderer Meinung zu sein, mag allenfalls noch für die Bischofskonferenz existieren. Für andere existiert es nicht. Aber selbst die Bischofskonferenz hat ihre Erklärungen zuerst bei der Junta vorzulegen, um dann das Recht auf Veröffentlichkung zu bekommen.

Die Erklärung selbst ist dann allerdings wesentlich kritischer und läßt keinen Zweifel an der tatsächlichen chilenischen Wirklichkeit aufkommen:

"Die Grundbedingung für friedliches Zusammenleben ist die volle Geltung des Rechtsstaates, in dem die Verfassung und die Gesetze Garantie für alle sind. Daher interessiert es uns, daß man schnellstens eine neue Verfassung ausarbeitet ... Ihre (der Regierung) erklärtermassen christliche Inspiration ist wertvoll und sie ist, wie wir glauben, trotz gewisser Mängel in der Formulierung des christlichen Ideals in bezug auf das soziale und politische Leben, eine Basis,um in der gegenwärtigen Notsituation die soziale Aktion zu orientieren. Hoffentlich halten sich alle, Regierende wie Regierte, treu an diesen Geist in der Suche nach dem Gemeinwohl."

"Aber, als Hirten, sehen wir objektive Schranken für die Versöhnung unter den Chilenen. Solche Situationen kann man durch die unbeschränkte Achtung der Menschenrechte überwinden, wie sie von den Vereinten Nationen und vom Vatikanischen Konzil II formuliert wurden und wie sie auch die Prinzipienerklärung (der Junta vom 13.3.73) richtig dargestellt hat als Rechte, die 'von Natur aus gelten und dem Staat vor und übergeordnent sind'. Die Achtung für die Menschenwürde ist ohne die Achtung für diese Rechte nicht möglich.
An erster Stelle bedrückt uns das Klima der Unsicherheit und der Furcht, dessen Wurzel wir zu finden glauben in den Denuntiationen, in den falschen Gerüchten und im Mangel an Mitbestimmung und Information. Ebenfalls bedrücken uns die sozialen Dimensionen der gegenwärtigen Wirtschaftssituation, worunter hingewiesen werden könnte auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Willkürentlassungen aus ideologischen Gründen. Wir fürchten, daß man zur Verschnellerung des wirtschaftlichen Wachstums die Wirtschaft auf eine Weise gestaltet, daß die Lohnarbeiter einen übermässigen Anteil an den Opfern zu tragen haben, ohne den wünschenswerten Grad von Mitbestimmung zu haben.
Uns bedrückt, daß man das Erziehungssystem orientiert und aufbaut ohne die nötige Mitbestimmung der Familienväter und der Schulen.

Uns bedrückt schließlich, in einigen Fällen das Fehlen wirksamen juristischen Schutzes in bezug auf die persönliche Sicherheit, was willkürliche und übermässig lang andauernde Verhaftungen zu Folgehat, wobei weder die Betroffenen noch ihre Angehörigen die sie begründenden konkreten Vorwürfe kennen; dies zieht Verhöre sowie physischen und moralischen Druck nach sich: Beschränkung der Möglichkeit der Verteidigung, ungleiche Urteile für gleiche Vorgänge an verschiedenen Orten, Beschränkung eines normalen Gebrauchs des Appelationsrechts.
Wir verstehen, daß außerordentliche Umstände die zeitweilige Außerkraftsetzung einiger Bürgerrechte begründen können. Aber es gibt Rechte, die sich direkt auf die Würde der menschlichen Person beziehn und diese sind absolut und unverrückbar. Die Kirche muß die Stimme aller sein und besonders derjenigen, die keine Stimme haben." (Mercurio, 25.4.74)

Diese Kritik ist offensichtlich viel schärfer geworden, als sie im September war. Sie zeigt eine außerordentliche Spannung zwischen Junta und Kirche an, die durchaus in einen Kirchenkampf umschlagen kann

Aber aus all dieser Kritik spricht kein Widerstand. Sie behält als ihre Basis die Unterwerfung unter die Junta, die von allen gefordert wird. Es handelt sich um eine Kritik, die Verfolgten helfen will. Ihr Ausgangspunkt aber ist ohne jeden Zweifel die Legitimität der Gewalt der Junta und die Illegitimität der Aktionen, aufgrund deren die Verfolgung stattfindet. Es liegt den Bischöfen fern, das Recht der Verfolgten auf Anerkennung ihrer vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen Aktionen zu fordern. Die Bischöfe bitten vielmehr, die zu recht Verfolgten zu schonen.

Das Komitee "Solidarität mit Chile" (c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str.8) hat einen Satz mit 12 Postkarten "Politische Wandmalerei in Chile vor dem Putsch" herausgebracht. Das obige Motiv ist dem Postkartensatz entnommen. Der Satz ist zum Solidaritätspreis von DM 6.- plus Porto (in Briefmarken, Bargeld, Scheck oder Überweisung auf Solidaritätskonto Postscheckkonto Berlin West 380087-108, Elfriede Kohut) erhältlich, der Reinerlös aus dem Verkauf der Postkarten geht nach Chile.

CHILE UND LATEINAMERIKA

"Partner" Paraguay

"Die heutige Unterschrift ist mir keine Pflicht, sondern eine Herzensangelegenheit in meiner Eigenschaft als Reserveoffizier des Deutschen Heeres... Ich bin sehr glücklich, mit dem Heer eines Landes zusammenzuarbeiten, das eine so ruhmreiche Tradition hat."

Christoph Becker von Soden, greiser Botschafter der Bundesrepublik in Paraguays Hauptstadt Asunción, konnte in der Tat zufrieden sein: am 1. Januar 1974 unterzeichnete er mit dem paraguayischen Verteidigungsminister Marcial Samaniego in Anwesenheit des Staatsministers Raúl Sapena Pastor einen Militärhilfevertrag, in dem die BRD dem paraguayischen Heer Hilfe bei der Ausbildung von Offizieren und Heerestechnikern zusagt.

Eigentlich hat dieser Vorgang nichts Überraschendes, denn derartige Verträge bestehen seit Jahren mit anderen, mindestens ebenso "ruhmreichen" Heeren auf der ganzen Welt, so auch mit der brasilianischen Militärjunta.

Ein Sachverhalt modifiziert das Bild allerdings im Fall Paraguays: Man ist erstaunt über die Offenheit, mit der sich der Botschafter der Bundesrepublik hinter die paraguayische Armee stellt, insbesondere angesichts der unüberhörbaren Proteste aus der Bevölkerung während des Deutschlandbesuchs des paraguayischen Präsidenten Alfredo Stroessner im Juli 1973. - Die Erklärung liegt wohl in der einfachen Tatsache, dass Paraguay das Land in Südamerika ist, über das die wenigsten Informationen nach Europa gelangen, dessen Geschichte, Situation und Perspektiven am wenigsten bekannt sind. Da fällt Offenheit leichter.

Seit nun genau 2o Jahren ist General Alfredo Stroessner unumschränkter Herrscher in seinem Land. Er ist damit der dienstälteste Diktator des Kontinents, ein Präsident, der alle fünf Jahre regelmässig wiedergewählt wird, und der als Schulbeispiel für die Funktion faschistischer Diktaturen im geopolitischen Kontext imperialistischer Interessen gewertet werden kann.

Ein Satellit der USA:

Die Botschaft der USA in Asunción gehört unbedingt zu den sehenswerten Gebäuden der Stadt: inmitten eines Geländes von 2o.ooo qm, hermetisch bewacht und abgeschirmt, ist sie die Zentrale des CIA für den südamerikanischen Kontinent. "Berater" und "Techniker" aus anderen Ländern Südamerikas verbringen hier ihren Urlaub und erhalten neue Instruktionen. Der Flughafen von Asunción, vollständig aus US-Krediten erbaut, hat Landebahnen, auf denen auch eine Galaxy C5A oder ähnliche Riesentransporter noch landen können. Es ist nicht ungewöhnlich, nordamerikanische B 52 auf dem Flugfeld stehen zu sehen, und seit dem Putsch in Chile geht in Asunción das hartnäckige Gerücht, die Flugzeuge, die am 11. September 1973 die "Moneda" in Santiago de Chile bombardierten, seien am Morgen des gleichen Tages in Asunción gestartet. Sei dem, wie es wolle, die Rolle Paraguays als Stützpunkt der US-Armee ist eminent wichtig, denn die Lage des Landes ermöglicht militärische Einsätze in alle Länder Südamerikas innerhalb von Stunden.

So erklären sich die enormen Wirtschaftshilfen der USA für Pa-

raguay und daraus folgend die Tatsache, dass die paraguayische Währung lange Jahre, bis 1972, die stabilste in Südamerika war. Erst während der letzten zwei Jahre gelang das nicht mehr, und die Inflationsraten nähern sich heute denen der Nachbarländer Argentinien und Brasilien an. Gleichzeitig verschlechterte sich die allgemeine wirtschaftliche Situation sehr, die Lebenshaltungskosten stiegen enorm, die Armut der Bevölkerung vergrösserte sich zusehens.

Ein Alliierter Brasiliens:

Die Bemühungen der brasilianischen Militärs um Hegemonie in Lateinamerika und um die Bildung eines "Blocks gegen den Kommunismus" haben sich auch auf Paraguay ausgewirkt. Seit Jahren schon verbindet eine von Brasilien erbaute Strasse Asunción mit der brasilianischen Hafenstadt Paranagua. Uber diese Strasse wird zwar ein Grossteil der paraguayischen Im- und Exporte abgewikkelt, doch ist sie so gebaut, dass sie auch von Panzern befahren werden kann. Die brasilianischen Machthaber haben, gerade im letzten Jahr, mehrfach betont, dass sie Stroessner sowohl im Fall ausländischer Agression als auch bei inneren Schwierigkeiten militärisch zur Seite stehen werden. Man ist sich heute in Asunción einigermassen sicher, dass wenige Stunden nach einer eventuellen Revolution gegen Stroessner brasilianische Panzer in die Hauptstadt rollen würden.

Zum Ausgleich machte Stroessner den brasilianischen Militärs bei den Verhandlungen über den Bau eines Wasserkraftwerkes am Oberlauf des Río Paraná, bei Itaipú, unverantwortlich hohe Zugeständnisse. Die Wasserfälle des Paraná, bei Itaipú zwischen Paraguay und Brasilien und bei Yacireta-Apipé und Corpus zwischen Paraguay und Argentinien, hätten für Paraguay der Ausgangspunkt industrieller Entwicklung sein können. Nun dienen sie vor allem dazu, Stroessner an der Macht zu halten.

Eine faschistische Diktatur:

Paraguay hat die am längsten inhaftierten politischen Gefangenen Südamerikas: 16 Jahre ohne Urteil. Zur Zeit dürften etwa 15o Menschen ständig inhaftiert sein, ohne je vor Gericht gestanden zu haben, und die Zahl derjenigen, die kurzfristig, für Tage oder Wochen, in Haft genommen werden, ist noch einmal so hoch. Man sagt, es gäbe kaum eine Familie in Asunción, von der nicht mendestens ein Mitglied irgendwann einmal von Stroessners Polizei verhaftet worden ist.

Stroessners Geheimpolizei ist allgegenwärtig und allmächtig: jeder vierte Erwachsene in Asunción arbeitet haupt- oder nebenberuflich als Spitzel. - Das Klima allgemeiner Angst und Unsicherheit, deutlicher spürbar als in irgend einer anderen Hauptstadt Südamerikas in "Friedenszeiten", wird durch brutale Folterpraktiken der Polizei und des Militärs, durch nächtliche Hausdurchsuchungen, beliebige Verhaftungen und Deportationen nach Argentinien und in den paraguayischen Chaco verstärkt.

Folter ist in Paraguay eine so normale Sache geworden, dass sich kaum jemand noch darüber erregt, dass sie nun auch gegen Kriminelle und Kinder zunehmend angewandt wird. Fachmännische Beratung erhalten die paraguayischen Polizisten vor allem von brasilianischen Folterspezialisten, wie zum Beispiel Sergio Fleurý, der im Juli 1973 in Asunción gesehen wurde und der im Herbst 1973 in Santiago de Chile im Nationalstadion folterte.

Die Uberwachung der Telefone funktioniert in Asunción so gut wie sonst nirgends auf dem Kontinent, dank einer sehr modernen Anlage, die Siemens vor einigen Jahren lieferte. Als Vermittler zwischen Stroessner und Siemens fungierte damals gegen Provision der ehemalige Luftwaffenoberst Rudel, der heute in Paraguay lebt und mit Stroessner freundschaftliche Beziehungen pflegt.

Briefzensur ist in Paraguay ebenso selbstverständlich wie eine fast vollständige Zensur der Presse, die sich im letzten Jahr noch verstärkt hat. Die Zeitung "El Radical", das Organ einer geduldeten Oppositionspartei, veröffentlicht kritische Artikel nur über allgemeine Themen und vermeidet es, Stroessner offen zu kritisieren.

Dabei ist im paraguayischen System der demokratische Schein perfekt gewahrt. Es war Präsident J.F.Kennedys Verdienst, im Rahmen der Allianz für den "Fortschritt" auf das Einhalten bestimmter Spielregeln zu drängen, um Paraguay nicht den Anschein eines zweiten Haïti zu geben. So gibt es bei den Präsidentschaftswahlen einen Gegenkandidaten und im Parlament eine respektable Opposition: sie erhält stets ein Drittel der Sitze, ihr Chef wird gewöhnlich als Gegenkandidat zu Stroessner aufgestellt. Zu diesen Wahlen wird der ständig herrschende Ausnahmezustand dann kurzfristig aufgehoben, die Partei Stroessners macht Wahlversammlungen, die der Opposition werden verboten, gesprengt oder gestört. Die Wahllokale werden von der Polizei bewacht, die Wahlaufsicht führt die Partei des Generals. Zur Stimmauszählung schickt man die Vertreter der Opposition nach Hause, und das Ergebnis ist dann natürlich immer ein "überzeugendes Votum des Vertrauens" für Präsident Stroessner und für die "ausserordentliche Ära des Friedens, in der die Republik sich befindet"(Stroessner).

Neben dieser offiziell geduldeten, in sich gespaltenen und politisch völlig machtlosen parlamentarischen Opposition gibt es die Parteien der etwa 8oo.ooo Exilparaguayer (die damit ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen), mit ihren Zentralen in Buenos Aires, Montevideo und Paris. - Die paraguayischen Gewerkschaften sind politisch entmachtet und haben lediglich Alibi-Funktion. Eine Ausnahme bildet die ständig verfolgte christliche Arbeitergewerkschaft CCT mit immerhin geschätzten 3.ooo Mitgliedern.

Auch die Universitäten sind grösstenteils gleichgeschaltet und von Spitzeln durchsetzt (sowohl des CIA als auch der Polizei des Generals), doch hat die Auseinandersetzung um die Verträge von Itaipú und der wachsende Widerstand gegen die wachsende Abhängigkeit des Landes von Brasilien zu einer Intensivierung der studentischen Aktivitäten geführt.

Ein bedeutender Block der Opposition ist und war allerdings die katholische Kirche in Paraguay. Der Konflikt zwischen Kirche und Staat hat deshalb eine Härte erreicht, wie man sie sogar in Brasilien erst seit wenigen Jahren kennt. Der Erzbischof von Asunción, Mgr. Ismael Rolón weigert sich seit Jahren, an den Sitzungen des "Staatsrats" teilzunehmen, wie es eigentlich seine verfassungsmässige Pflicht wäre. Der Innenminister Montanaro und der ehemalige Polizeichef von Asunción, Britez, wurden von ihm wegen brutaler Ausschreitungen der Polizei gegen Priester und Nonnen im Jahr 1969 exkommuniziert. Schlagzeile machte auch der Fall des Paters Überfil Monzón, der 1971 eine Woche lang brutal gefoltert wurde, ohne dass dafür je eine Begründung gegeben wurde. Ebenso die Fälle der Patres Oliva und Carávias, die wegen ihrer

Arbeit unter den Landarbeitern Paraguays 1972 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion der Polizei nach Argentinien deportiert wurden.

Die Ligas Agrarias:

Ein sehr wichtiges Element in diesem Kampf zwischen Kirche und Diktatur um soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte sind die "Ligas Agrarias Cristianas", Gruppen von Bauern und Landarbeitern, die seit Beginn der 6oer Jahre in Paraguay existieren und deren politische und gesellschaftliche Bedeutung ständig zunimmt.

Um die Bewegung der Ligas Agrarias zu verstehen, muss man wissen, dass Paraguay ein typisches Agrarland ist, in dem riesige Grossgrundbesitze und sehr kleine Kleinbesitze nebeneinander existieren. So sind 63% des Landes im Besitz von 183 Grossgrundbesitzern. Diese Ländereier erreichen Grössen bis zu 1 Mio. Hektar, die grössten unter ihnen sind in ausländischer Hand. Dagegen sind 62% aller Landbesitze kleiner als 1o Hektar. Die wirtschaftliche und gesundheitliche Situation der Bauern im Landesinneren ist daher katastrophal. Und so begannen sich Gruppen von Bauern unter Anleitung von Priestern und Laien zu Gemeinschaften zusammenzuschliessen, die durch Bildung von Kooperativen die wirtschaftliche Situation verbessern sollten und die ausserdem durch Bewusstseinsbildung (etwa nach der Methode Paulo Freires) die geistige Emanzipation der Bauern zu erreichen versuchten.

Primär christlich motiviert und in ihrer Taktik gewaltfrei konzipiert, haben sich die Ligas zunehmend von der Kirche als Institution gelöst und sie beginnen heute die Durchführbarkeit gewaltfreier Aktionen zu bezweifeln. - Die Ligas zählen heute etwa 1o.ooo Mitglieder und 4o.ooo Sympatisanten. Sie haben sich zu einer entschlossenen Opposition entwickelt und sie sind wohl die einzige wirklich ernstzunehmende Gefahr für General Stroessners Regime.

Der Widerstand nimmt zu:

Während der Semesterferien im Januar und Februar 1974 kam es zum ersten Mal seit 1968 wieder zu Demonstrationen von Studenten und Bauern in Asunción und in einigen Städten der Provinz. Es ging zunächst um steigende Kosten für Heizöl (plus 1oo%) und öffentliche Transportmittel (plus 5o%), aber bald weitete sich der Konflikt auf andere Themen aus, wie Folter und Repression, auf die Verträge von Itaipú, auf das Zunehmen des brasilianischen Grundbesitzes in den Ostprovinzen Paraguays.* Er nahm Ausmasse an, wie sie Paraguay seit Jahren nicht gekannt hatte, und er musste entsprechend brutal niedergeschlagen werden: Verhaftungen vieler Bauern und Studenten, Folter, einige Todesopfer. Wie ungewohnt stark allerdings der Widerstand war, zeigt sich daran, dass auch in den Kreisen junger Offiziere Verhaftungen vorgenommen wurden, in einer Armee, die bis dahin als unerschütterlich loyal galt.

Es scheint Stroessner inzwischen gelungen sein, die Ordnung im Land wieder herzustellen. Man kann das daraus schliessen, dass er im April eine Reise nach Südafrika unternahm. Es gibt allerdings Grund zur Annahme, dass diese Ereignisse einen Stein ins Rollen gebracht haben, der sich nicht wird aufhalten lassen. Die Konflikte werden deutlicher, härter werden. - Doch das könnte dann die Stunde der brasilianischen Panzer sein.

---

*Tatsächlich wird heute in einigen Städten der Ostprovinzen in brasilianischer Währung bezahlt und portugiesisch gesprochen.

Literatur zum Thema Paraguay:

Ruben Bareiro-Saguier, Le Paraguay, ed. Bordas Paris, collection études, 1972

Ruben Bareiro-Saguier, Le pacte du Sang (Kurzgeschichten), ed. du cerf, Paris

François Chartrain, La république du Paraguay, ed. Berger-Levrault, Publication de l'Institut International d'Administration Publique, Paris 1973

Paraguay in den 7oer Jahren, Amnesty International, Deutsche Ubersetzung bei: K.H.Rodenberg, 4967 Bückeburg, Kolbergerstr. 5

Zur Person General Stroessners: Richard Bourne, Political Leaders in Latin America, Pelican Books, 1969

Exilnachrichtenagentur: Agencia Noticiosa Paraguaya, Editor: Guillermo Weyer, cc. 38, suc. 2, Buenos Aires, Argentinien.

" Weg mit dem Mörder Stroesner! Freiheit für die politischen Gefangenen Paraguays! "

Kommunistische Partei Paraguay

Parolen, wie diese sind immer häufiger an den Häuserwänden Asuncions zu finden. Sie signalisieren den wachsenden Widerstand gegen das faschistische Regime Stroesners.

Argentinien: zwei Peronismus

Während Perón noch sprach, kehrten ihm 60 000 Teilnehmer der Maidemonstration - die Hälfte der Anwesenden - den Rücken und drängten geschlossen vom Platz. Die "Peronistische Jugend" zog unter Protest aus und vollzog damit in aller Öffentlichkeit und augenfälliger Geschlossenheit einen Bruch, den alle politischen Beobachter und sogar sie selbst in ihren internen Strategiepapieren als früher oder später unausweichlich vorausgesagt hatten.

Ein halbes Jahr zuvor, bei seinem Regierungsantritt am 12. Oktober 1973, hatte Perón vom selben Balkon des Regierungsgebäudes die Jugend seiner "tiefsten Zuneigung"versichert, "weil die Jugendlichen die Erbauer der von uns erträumten Zukunft sein werden, denen wir unsere Fahnen weiterreichen." Am 1. Mai hatte er nur noch Schimpfwörter für diese Jugend übrig: "Dummköpfe", "Unreife", "Bösewichter", "Infiltrierte, die verräterisch von innen arbeiten und die gefährlicher sind als die, die von außen arbeiten, und die zudem in ihrer Mehrzahl Söldner im Dienst ausländischer Gelder sind." Und die Fahnen des Peronismus reichte er statt an die Jugend an die faschistoide Gewerkschaftsbürokratie weiter, deren "weise und besonnene Führer" er überschwenglich lobte.

Der Rechtstrend des Peronismus hatte schon vor der Regierungsübernahme Peróns eingesetzt und war im Grunde unausweichlich für eine bürgerlich-nationalistische Bewegung unter den veränderten sozioökonomischen Bedingungen Argentiniens. Peróns Aufstieg zur Macht in den Jahren 1943 - 46 hatte unter völlig anderen Vorzeichen stattgefunden: Die Weltmetropolen waren durch die interimperialistischen Kriege geschwächt. Die Weltwirtschaftskrise hatte in Argentinien einen Prozeß der importsubstituierenden Industrialisierung ausgelöst, der seinerseits eine nationale Industriebourgeoisie entstehen ließ. Diese neue, progressivste Fraktion der bürgerlichen Klasse war jedoch politisch noch zu schwach, um ihren politischen Führungsanspruch gegen die traditionell herrschende Fraktion der Großgrundbesitzer durchsetzen zu können. In dieser Situation übernahm das Militär unter Führung von General Perón die politische Vertretung dieser neuen Fraktion. Der enorme soziale und politische Rückstand der argentinischen Arbeiterschaft erlaubte es Perón, mit einigen grundlegenden Reformen - vor allem Abschaffung leibeigenschaftsähnlicher Arbeitsverhältnisse, Hebung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit, gewerkschaftliche Organisierung - die bedingungslose Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung zu erlangen und sie als Druckmittel gegen Oligarchie und (mehr verbal) gegen den Imperialismus zu verwenden.

Diese Klassenallianz zwischen Arbeiterschaft, Kleinbürgertum und Industriebourgeoisie gegen den Imperialismus und seine lokalen Vertreter ließ sich 1973 nicht wiederholen: Seit den 50er Jahren war eine neue hegemoniale Fraktion der Bourgeoisie entstanden: Die in- und ausländischen Agenten der multinationalen Industriekonzerne, die in allen Bereichen der argentinischen Wirtschaft die Führungsspitze übernommen und den gesamten Produktions- und Distributionsapparat des Landes durchdrungen hatten. Die nationale Industriebourgeoisie war entweder in diesen transnationalen Komplex aufgegangen oder zum Kleinbürgertum abgesunken. Von einer selbständigen kapitalistischen Entwicklung konnte keine Rede mehr sein, allenfalls von etwas günstigeren Bedingungen der Abhängigkeit. Das Entwicklungsgefälle zwischen industrialisierter und unterentwickelter Welt hatte enorm zugenommen, die wirtschaftlichen Probleme Argentiniens wurden immer drückender, die Möglichkeiten von Reformen innerhalb des Systems immer geringer. Andererseits hatte die Arbeiterschaft durch jahrzehntelangen Widerstand gegen reaktionäre Regierungen enorm an Erfahrung, Bewußtsein und Kampfbereitschaft gewonnen - ein Prozeß, der z.T. von Perón selbst aus dem Exil gefördert wurde als Mittel, seine Rückkehr zu erzwingen.

Die systematischen Massenkämpfe seit 1969 zwangen die Militärdiktatur zum Rücktritt und ermöglichten im März 1973 die Wahl des peronistischen Kandidaten Cámpora zum Präsidenten. In der Phase der Wahlen, als das Prinzip "Ein Mann eine Stimme"galt und die Rechte ihre in Geld und Waffen verkörperte Macht nicht in die Waagschale werfen konnte, war die Linke der unangefochtene Herr der Straße. Aber kaum hatte Cámpora sein Amt angetreten, als die verschiedenen Fraktionen der Bpurgeoisie bereits wieder begannen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen.

Das Massaker auf dem Flughafen von Ezeiza bei der Rückkehr von Perón, als 200 bis 300 Angehörige der peronistischen Jugend den Maschinenpistolen der gewerkschaftlichen Schlägertrupps zum Opfer fielen, markiert den Wendepunkt. Drei Wochen später, am 13. Juli 1973, zwingt die Gewerkschaftsbürokratie Cámpora zum Rücktritt, weil er zu nachsichtig gegenüber der Linken ist. Als sein Nachfolger wird - mit 66 % der Stimmen - Perón gewählt. Das große Klassenbündnis, das in dieser Stimmenzahl zum letzten Mal zum Ausdruck kommt, zerfällt seitdem unter dem Druck repressiver Maßnahmen.

Heute führt Perón nicht mehr eine Allianz mit der Arbeiterklasse für eine fortschrittlichere bürgerliche Fraktion gegen eine reaktionärere, sondern eine Allianz aller bürgerlichen Fraktionen gegen die Arbeiterklasse. Die Angst der bürgerlichen Klasse vor den Mobilisierungen der vergangenen Jahre erlaubt es ihm, von allen Fraktionen gewisse Abstriche von ihren Forderungen - vor allem etwas niedrigere Gewinnmargen - zu fordern, freilich unter der Bedingung, daß er keine der Fraktionen in ihren vitalen Interessen verletzt - und daß er die Arbeiterschaft wirksam demobilisiert. Perón steht also vor der Aufgabe, die Geister loszuwerden, die er seit 1943 rief. Um den offenen Bruch mit der Arbeiterschaft mit der möglichen Konsequenz erneuter Mobilisierungen so lange wie möglich hinauszuschieben, muß Perón den Reallohn in etwa konstant halten. Die argentinische Wirtschaft ist heute jedoch zu schwach und deformiert, um sowohl den Einkommenanteil der Arbeiter zu garantieren wie alle bürgerlichen Fraktionen zufrieden zu stellen - von einem Überschuß für Investitionen ganz zu schweigen, die andererseits Voraussetzung wären für einen Expansionsprozeß, der allein langfristig imstande wäre, den von Perón erstrebten "Sozialfrieden" zu erkaufen. Konsequent forciert er auf alle Weise den Export - auch gerade in sozialistische Länder -,um durch den externen Sektor jene Überschüsse zu erlangen, die im Inneren zu erwirtschaften sein sozialer Immobilismus ihm verbietet.

Im ersten halben Jahr seiner Regierung, als Perón die Verantwortung für alle Mängel auf seine Vorgänger abschieben konnte, hatte er beachtlichen Erfolg bei seinem Streben nach einem allgemeinen Stillhalteabkommen. Militär und Großindustrie betrachten Perón als das kleinere Übel, ebenso der Großgrunbesitz, der z.Z. von den hohen Weltmarktpreisen für Primärgüter profitiert. Die mittleren und kleineren Unternehmen hoffen noch auf die Versprechungen einer großzügigen Förderung und sehen jedenfalls keine Alternative. Auch die lohnabhängige Bevölkerung hat ihre Hoffnungen mehrheitlich noch nicht aufgegeben, obwohl die Ernüchterung allgemein ist. Die bürgerlichen Parteien bis hin zu denjenigen Linksparteien, die den bürgerlich-demokratischen Freiheiten eine wichtige Funktion zumessen, treffen sich regelmäßig mit Perón und beschränken ihre Opposition auf gemilderte verbale Kritik, um die Verfassungsmäßigkeit zu schützen.

Mit dem Ausmarsch der peronistischen Jugend ist nun der erste Stein aus diesem großen Bündnis der "nationalen Eintracht" herausgebrochen. Bei ihrem Ausmarsch riefen die Demonstranten: "Dies ist das Volk, das geht." und "Wenn das hier nicht das Volk ist, wo ist es dann?" In Wahrheit war "das Volk" vor dem Fernseher oder genoß den freien Tag. Die hunderttausende, die in den goldenen Zeiten auf der Plaza de Mayo zusammengeströmt waren, blieben diesmal fern. Nur

etwa 30 000 Unorganisierte waren gekommen, den Rest stellten die beiden verfeindeten Flügel: Etwa nochmal 30 000 die rechten Gewerkschaftskader und 60 000 die Juventud Peronista, die sich im wesentlichen aus Studenten, Angestellten, einigen qualifizierten Facharbeitern, aber auch Bewohnern der Elendsviertel zusammensetzt. Der Auszug der JP beinhaltet noch nicht den Bruch der Arbeiterschaft mit Perón - er ist aber ein Vorspiel dazu.

Die taktischen Maßnahmen der JP nach dem 1. Mai lassen erkennen, daß die radikalisierte peronistische Linke über ihre begrenzte Repräsentativität im Klaren ist. Ihre ersten Erklärungen - Ergebnisse ununterbrochener Diskussionen auf allen Ebenen und in allen Landesteilen - lassen folgende Linien erkennen:

1) Die JP beharrt darauf, peronistisch zu sein, obwohl sie den Führungsanspruch von Perón nicht mehr anerkennt.

2) Das begründet sie mit eines These der "zwei Peronismen": Mit dem Auseinanderbrechen der Klassenallianz von früher gebe es heute den Peronismus des "Volkes" (Arbeiterschaft und Kleinbürgertum) auf der einen und den Peronismus der Unternehmer und Bürokraten auf der anderen Seite, dem es heute gelungen sei, sich der Regierung und der Figur Peróns zu bemächtigen.

3) Gleichzeitig bereitet sich die JP offenbar darauf vor, eine linke Koalition gegen die gegenwärtige Regierung zu bilden, den Peronismus also auch faktisch zu spalten und die Führung einer zukünftigen Opposition gegen den "anderen" Peronismus zu übernehmen.

Offenbar fühlt sie sich heute dazu noch nicht stark genug. Ihr Festhalten an dem Etikett des "Peronismus" zeigt, daß sie den Ablösungsprozeß der Arbeiterschaft von Perón für noch nicht weit genug fortgeschritten hält. Würde sie sich heute offen außerhalb des Peronismus stellen, würde sie riskieren, zu einer der kleinen Linksparteien ohne Massenbasis und ohne Mobilisierungskraft abzusinken. Ihr Festhalten am Peronismus verwickelt sie andererseits in immer schwerere theoretische und praktische Widersprüche, die ihre Basis verwirren und sie immer stärker in das Fahrwasser des Reformismus abdrängen kann.

Wenngleich die JP nicht sozial identisch ist mit der Arbeiterschaft, so gibt es andererseits aber auch nicht die große ideologische Kluft, wie sie in der BRD zwischen radikalisierten Angehörigen des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft besteht. Der Ablösungsprozess der Arbeitschaft vom Peronismus geht seine eigenen Wege, aber es gibt durchaus eine dichte Kommunikation und gegenseitige Beeinflussung zwischen der JP und oppositionellen Strömungen in den Betrieben. In den letzten Monaten kam es zu mehreren spontanen Streiks nicht gegen die Unternehmer, auch nicht gegen die Regierung, sondern gegen die eigenen Gewerkschaftsbürokratien und deren Mafia-Methoden. Der größte Streik dieser Art legte Anfang April eine ganze Kleinstadt - Villa Constitución bei Rosario - für eine Woche lahm; die gesamte Bevölkerung nahm mit bewundernswerter Disziplin an dem Streik der 7000 Metallarbeiter teil, die die Anerkennung ihrer repräsentativen, kämpferischen Betriebsräte gegen die korrupten, von der Zentrale eingesetzten kommissarischen Gewerkschaftsvertreter durchsetzten.

Außenpolitisch vertritt Perón eine Politik des wirtschaftlichen Pragmatismus, die ihn über alle ideologischen Grenzen hinweg umfangreiche Handelsabkommen mit Cuba und der UdSSR abschließen läßt, während er gleichzeitig an Chile jede gewünschte Ware liefert. Ideologischer Ausdruck dieses Pragmatismus ist seine Utopie des "Kontinentalismus", des Zusammenschlusses aller lateinamerikanischen Länder (natürlich unter seiner oder argentinischer Inspiration) mit dem Ziel, bessere Weltmarktbedingungen auszuhandeln. Im Zuge dieser "Offenheit nach allen Seiten" erwartete er am 16.5. Pinochet auf dessen Rückflug von Paraguay am Flughafen von Ezeiza zu einer vierstündigen Unterredung - während gleichzeitig der peronistische Stadtrat von Buenos Aires (zu dessen Gemarkung Ezeiza nicht gehört) Pinochet zur "persona non grata" in Buenos Aires erklärt - eine Demonstration, die der Stadtrat bestimmt nicht ohne Rückfrage beschloß.

Situation der Flüchtlinge in Lateinamerika

SITUATION DER FLÜCHTLINGE IN ARGENTINIEN

Die genaue Zahl der Flüchtlinge aus Chile läßt sich nur schätzen. Etwa zweieinhalb tausend haben sich bei den von den Vereinten Nationen und dem Weltkirchenrat finanzierten kirchlichen Hilfsorganisationen als Flüchtlinge eingeschrieben, um so ein Anrecht auf Unterstützungsgelder zu bekommen. Man schätzt, daß mindestens noch einmal die gleiche Zahl sich aus politischer Angst nicht registrieren ließ und damit auf die Hilfe von Freunden angewiesen ist. Dazu kommt ein zunehmender Strom von Einwanderen, die einfach keine Arbeit mehr in Chile finden und hoffen, sich und ihre Familien in Argentinien ernähren zu können.

Aber auch in Argentinien ist der Arbeitsmarkt sehr beschränkt. Nur Handwerker und Techniker können auf baldige Anstellung hoffen. Das Solidaritätskommittee in der Thames-Straße hat bisher 70 feste und ca. 120 vorübergehende Arbeitsplätze vermitteln können - ein Tropfen auf den heißen Stein. Dazu kommt noch, daß viele Unternehmen in jedem Chilenen einen gefährlichen Extremisten sehen und ihn allein wegen seiner Herkunft nicht einstellen. In den Städten des Landesinneren, die einige chilenische Asylierte als Regionalasyl zugewiesen bekamen, ist diese Situation noch dramatischer: Es gibt keine Arbeit, keine Freunde, keine Hilfsorganisationen, dafür eine systematische Hetzkampagne der Rechten. Die Flüchtlinge übernachten in Parks und hungern.

Inzwischen haben die kirchlichen Hilfsorganisationen ihre Unterstützungszahlungen zeitlich limitiert: Jeder neu Eingetragene erhält maximal für zwei Monate Unterhalt. Denjenigen Flüchtlingen, die den Hilfsorganisationen schon länger als zwei Monate "auf der Tasche lagen", wurde die Hilfe mit einer zweiwöchigen Ankündigung gestrichen. Für viele ist es in zwei Monaten nicht möglich, eine Arbeit - welche auch immer - zu finden, geschweige denn in zwei Wochen.

Dazu kommt die ständige politische und persönliche Unsicherheit. Die Flüchtlinge befinden sich in Argentinien wie auf einer Insel, umgeben von Militärdiktaturen. Aber bei dem politischen Klima in Argentinien, bei dem Schießereien und Bombenanschläge an der Tagesordnung sind, müssen die Flüchtlinge fürchten, dort den nächsten faschistischen Putsch mitzuerleben.

Das Wirken brasilianischer, uruguayischer und bolivianischer Sicherheitsdienste in Argentinien ist vielfach bezeugt, und vor etwa 4 Wochen erschien in einer Tageszeitung eine winzige Notiz über den Besuch des Chefs des chilenischen Sicherheitsdienstes. Diese Geheimdienste schaffen zusammen mit der argentinischen politischen Polizei durch ihre ständigen willkürlichen Übergriffe ein Klima konstanter Unsicherheit und Einschüchterung:

1.) Im Dezember 1973 wurden die beiden brasilianischen Chileflüchtlinge Joao Batista Rita de Pereira und Joaquin Pires Cerveira aus Buenos Aires verschleppt und sind inzwischen im Heeresgefängnis Barao de Mesquita in Rio de Janeiro gesehen worden.
2.) Im Februar wurde der bolivianische Chileflüchtling Luiz Rodriguez festgenommen, stundenlang verhört und ohne Erklärung wieder freigelassen.
3.) Im Februar wurde der chilenische Flüchtling Fermin Troncoso festgenommen, mit Elektrizität gefoltert und am nächsten Tag ohne Erklärung wieder freigelassen.
4.) Am 8.3. durchsuchte die Polizei in Mendoza das Lokal einer Solidaritätsorganisation, verhaftete acht Chilenen, die sie im Lauf der folgenden Wochen wieder freiließ.
5.) Am 27. März wurde nach einer Razzia in einer der Notunterkünfte der über die argentinische Botschaft Exilierten der bolivianische Chileflüchtling José Jorge Sanjinés festgenommen, geschlagen und verhört und nach vier Tagen wieder freigelassen.

6.) Ende März wurde der Chilene Zout Pérez, der sich mit einer Schußverletzung über die Grenze retten konnte, wegen illegaler Einreise festgenommen, nach Buenos Aires gebracht und dort tagelang festgehalten. Der UN-Vertreter erfuhr durch Zufall von dem Fall und konnte im letzten Moment die Abschiebung zurück nach Chile verhindern.

7.) In zwei Fällen haben die argentinischen Behörden auf einen Auslieferungsantrag durch die chilenischen Militärs die Betreffenden inhaftiert und wochenlang festgehalten bis zur endgültigen gerichtlichen Ablehnung des Antrags.

8.) Anfang Mai wurden mehrere linksgerichtete bolivianische Exilierte, die nach dem Sturz von Torres geflohen waren, verhaftet und mehrere Tage lang festgehalten, einer von ihnen bis heute. Wenngleich es sich hier nicht um Chile-Flüchtlinge handelte, trug der Fall doch auch mit bei zum Klima der Unsicherheit.

9.) Am 8. Mai wurden sieben Uruguayer - Oribe Agustín Machado García, Mario Enrique García Dotta, Carlos Urrutia, Nelson Nantes, Hugo Washington Beltrán, Horacio Guzmán Caballero Galeano und Néstor Jara - verhaftet, außerdem wieder der Chilene Zout Pérez. Über ihr Schicksal war bis zum Redaktionsschluß dieser Nummer nichts bekannt.

Außerdem gibt es einen Alltag verschärfter Personalkontrollen, auffälliger und unauffälliger Bespitzelung und allgemein behördlicher Diskriminierung.

Die einzige positive Maßnahme der argentinische Regierung ist genau besehen nur eine verschleierte Form von Diskriminierung: Sie bietet neuerdings allen Flüchtlingen, die keine Reisedokumente haben, einen provisorischen argentinischen Paß an - aber unter der Bedingung, daß sie das Land innerhalb von 30 Tagen verlassen.

Diese Häufung von wirtschaftlicher, persönlicher und politischer Unsicherheit, zu der oft noch die Sorge um Verwandte und Freunde in Chile oder der Schock schwerer Erlebnisse kommen, haben bei vielen Flüchtlingen schwere gesundheitliche Probleme physischer wie psychischer Art entstehen lassen.

Es ist nach wie vor dringend nötig, in der BRD Stipendien- und Arbeitsmöglichkeiten - nicht nur für Akademiker - zur Verfügung zu stellen, aber auch, die Flüchtlinge über Amnesty International direkt zu unterstützen. Die wirkungsvollste Maßnahme wäre die Bereitstellung von Stipendien für chilenische Studenten in Buenos Aires - von den Kosten einer Flugkarte nach Deutschland könnte dort ein Student sieben Monate leben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist bereit, diese Stipendien zu finanzieren - aber das Auswärtige Amt hat dies als "Auswärtige Kulturpolitik" an sich gezogen und verschleppt seit numehr drei Monaten eine Entscheidung.

SITUATION DER FLÜCHTLINGE IN PERU

Was in Argentinien den Anschein des Willkürlichen und Zufällig hat, ist in Peru klares System. Zwar sind die Fälle von Verhaftungen und Mißhandlungen selten, dafür wird den Chilenen systematisch jede Arbeitsmöglichkeit verweigert, um sie zur Weiterreise oder Rückkehr zu zwingen. Alle Chilenen, die einen Arbeitsplatz erlangt hatten, bekommen nun - nach massivem Druck der Regierung auf die Arbeitgeber - gekündigt. Im Fall der Universitäten wurde mit Etatkürzungen gedroht, falls sie die chilenischen Professoren nicht entließen.

Ebenso systematisch hat die Regierung jede echte Solidaritätsarbeit verhindert. Von Anfang an sicherte sie sich eine Vertretung in dem Komitee. Das erste Komitee mit dem Namen "Comité Peruano de ayuda a refugiados" unter Leitung von Padre Pastor wurde von der Regierung aufgelöst und ersetzt durch ein "Comité Cristiano de ayuda a los refugiados chilenos", das mit dem Weltkirchenrat zusammenarbeitete und wieder von Padre Pastor geleitet wurde. Auch dieses Komitee mußte Mitte April unter dem Druck der Regierung aufgelöst werden: Es ging der Regierung darum, die weitere Mitwirkung von Pastor zu verhindern, der sich sehr für die Flüchtlinge eingesetzt hatte.
Statt dessen wurde nun ein "Comité Ecuménico de Acción Social" gegründet unter Leitung eines Vertreters der UN, des uruguayischen Rechtsanwalts Gómez, das nunmehr kaum mehr als formale Fragen wahrnehmen kann.

Dieses Komitee CEDAS zahlt eine minimale Unterstützung und schließt Pensions-Verträge mit billigen Hotels ab, wobei diese jedoch oftmals die Vertragsbestimmungen nicht einhalten, mehrere Flüchtlinge in einem Zimmer zusammenpferchen, minderwertiges Essen servieren, die Wäsche nicht wechseln und auch sonst in jeder Weise die Flüchtlinge diskriminieren.

Insgesamt haben sich bei dem Komitee 800 Flüchtlinge registrieren lassen - aber auch hier rechnet man mit einer weitaus höheren Zahl von Nicht-Registrierten, möglicherweise insgesamt 3500.

Die negative Haltung der peruanischen Regierung hat einmal sicherheitspolitische Gründe: Gerade in einer Zeit, in der die chilenische Regierung gegen Perú mit dem Säbel rasselt, fürchtet sie nicht zu Unrecht die Infiltrierung von Spionen und Saboteuren der chilenischen Junta unter dem Deckmantel des Flüchtlings. Dazu kommt der innenpolitische Grund, daß die peruanische Junta ihren autoritären Reformismus nicht durch linke Ideen in Frage stellen lassen will. Schließlich gibt es ein historisches Ressentiment der peruanischen Bevölkerung gegen die Chilenen seit dem Pazifik-Krieg im letzten Jahrhundert, als die chilenischen Besatzer in Lima hausten. Die Regierung muß diesem Ressentiment Rechnung tragen, um ihren Ruf als Nationalisten zu wahren.

Inzwischen sind zahlreiche Flüchtlinge weitergereist nach Kuba, in die DDR, nach Rumänien, Venezuela und Australien.

Dieses Motiv ist als Autokleber (selbstklebend, Format 10x10, Menschen schwarz, Hintergrund rot, Schrift weiß) gegen Vorauszahlung eines Solidaritätspreises von DM 2.- in Briefmarken über Chile-Komitee, c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8 erhältlich. Der Reinerlös wird der Widerstandsbewegung in Chile zugeführt.

CHILE – BRD

Zur Solidarität in der BRD

Wie sieht die Solidarität aus, die von denen geleistet werden kann, die den gewaltsamen Sturz der verfassungsmäßigen Regie - rung in Chile für die politische Auseinandersetzung über das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie auch in der BRD für äußerst wichtig halten?
Was können wir heute, ein dreiviertel Jahr nach dem Putsch, für die unterdrückten und verfolgten chilenischen Arbeiter und Bauern, für Gewerkschafter, oppositionelle Studenten und Intellektuelle in Chile aber auch für tausende chilenischer Flüchtlinge in Lateinamerika (vgl. Artikel über die Lage der Flüchtlinge in Argentinien und Peru) und vor allem bei uns in der BRD und Westberlin in praktischer Solidarität tun?

In den Wochen nach dem Putsch zeigten sich auch liberale Organisationen und Kreise der bundesdeutschen Öffentlichkeit schok - kiert über den Gewaltakt der chilenischen Militärclique, über den folgenden Terror und die grausamen Verfolgungen.
Inzwischen sind jedoch die Proteste in diesen Bevölkerungskreisen weitgehend abgeklungen. Es gibt neue und wichtigere politische Ereignisse. Die Betroffenheit mit den Ereignissen im entfernten Chile war zumeist moralisch und äußerlich, allenfalls verbunden mit der Erinnerung an die faschistische deutsche Vergangenheit. Und nur selten wurden ähnlich undemokratische und militant antikommunistische Tendenzen in Europa und im eigenen Land einbezogen.
Zusammenhänge aber sind da zwischen imperialistischer Ausbeutung und politischer Reaktion in den unterentwickelt gehaltenen Ländern und der Ausbeutung unter anderen historischen und politi - schen Bedingungen in den Metropolen. Aber sie sind -zumal in der deutschen Öffentlichkeit - äußerst schwierig zu vermitteln.
Das Beispiel Chile hat die Reaktion des Kapitals und bürgerlicher Kreise auf den praktizierten Ansatz einer , das kapitalistische System sprengenden sozialistischen Gesellschaftsform überdeutlich gezeigt. Es hat Fragen zur Funktion des Militärs, parlamentarisch demokratischer Legalität und bürgerlicher Mittelschichten neu aufgeworfen aber auch Ansätze und Formen von Selbstorganisationen in Betrieben und auf dem Land gezeigt.

Intensivere Diskussionen und Informationen darüber, die bewußtseinsbildend wirken oder zumindest den Antikommunismus verunsichern könnten, sind - auch von den Linken - öffentlich zu wenig geführt worden. Die Lehren, d.h. was Chile für uns bedeutet, unter Einbeziehung der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, sind noch zu wenig konkret.

Auch auf Seiten der zersplitterten politischen Linken von JUSOS bis zur DKP und den sich als nicht-revisionistisch verstehenden sozialistischen Gruppen und Organisationen wurde dieser zweite Schritt kaum angegangen. Es wurden Solidaritätsveranstaltungen und Sammlungen für den chilenischen Widerstand durchgeführt.
Vor allem aber entbrannte ein oft heftig und oft an einander vorbeigeführter verbaler Kampf um die Beurteilung und Verurteilung der chilenischen Entwicklung unter der UP-Zeit und um Reformismus und Bündnispolitik allgemein. Es wurden Bekenntnisse und Resolutionen zur Unterstützung der UP und des militanten chilenischen Widerstands verfaßt sowie Aufrufe und Unterschriftensammlungen zu weltweiter antifaschistischer Solidarität.

CHILE-NACHRICHTEN
INDEX für Nr 1-15

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

	Nr.	S.
28. Juni 1973	1	1
12. Juli 1973	2	1
2. August 1973	3	1
30. August 1973	4	1
14. September 1973	5	2
28. September 1973 Der "Erfolg" der Putschisten	6	1
12. Oktober 1973 Die Militärjunta: ein improvisierter Faschismus	7	1
26. Oktober 1973 Der Kampf um die Wahrheit	8	1
9.11.1973 Klassenkampf von oben	9	1
1.12.1973 Zu den Ereignissen in Chile	10	10
15.12.1973 Die zweite Terrorwelle	11	13
18.1.1974 "Normalisierung" durch Hunger und Terror	12	14
19.2.1974 Das schwierigste Jahr für Pinochet	13	8
20.3.1974 Ein halbes Jahr " Entpolitisierung"	14	1
22.4.1974 Langsamer Mord und Kriegstreiberei	15	2

Die Ereignisartikel der Nummern 5 - 7 sind abgedruckt in: Komitee "Solidarität mit Chile" Hrsg.: Konterrevolution in Chile, Reinbek 1973 (rororo aktuell Nr. 1717)

KURZKOMENTARE , BRIEFE

-	3	5a
-	4	7
-	5	5
Brief aus Santiago vom 14. September 1973	7	11
Briefe aus Chile	8	28

INTERVIEWS, DISKUSSIONEN

Interview mit einem chilenischen Soldaten aus: Chile Hoy Nr.58 (Auszüge)	3	10
Die Arbeiterräte und die Gewerkschaft - Diskussionsforum über Poder Popular mit Arbeitern aus Chile Hoy Nr. 60/1	4	12
Interview mit Adonis Sepulveda:"Der Staatsstreich ginge über Tausende von Arbeiterleichen aus: Chile Hoy Nr. 61	4	21
Interview mit einem Unteroffizier aus: Chile Hoy Nr. 64 "Der Sturz der Regierung würde Chile in Flammen stellen"	5	20

	Nr.	S.
Interview mit einem Unteroffizier "Folterungen in der Marine", aus:Chile Hoy Nr. 64	5	27
Interview mit einer Lehrerin "Menschenrechte mehrfach verletzt", aus:Chile Hoy Nr. 64	5	Beil.
Interview des mexikanischen Journalisten Mejido mit der Witwe Allendes Hortensia Bussi de Allende am 13.Sept. 1973 in Santiago	5	Beil.
WIRTSCHAFTSPOLITIK		
Wirtschaftspolitik der Junta	14	8
AGRARPOLITIK		
Agrarpolitik der Junta	9	37
AUSENPOLITIK		
Pariser Umschuldungsverhandlungen	2	Beil.
Banken der USA gewähren Chile wieder Kredite	7	18
Berufsverbände - Bausteine des Ständestaates	10	47
POLITISCHE SITUATION IN CHILE		
- Rahmenbedingungen für eine Strategie der Linken	8	7
- Dekret beseitigt Streikrecht	8	29
- Der Widerstand bei Ex-SUMAR	10	28
- Zwei Monate nach dem Putsch/ Wie steht es um den Widerstand in Chile	11	16
- Eindrücke vom bewaffneten Widerstand	11	18
- Bericht eines chilenischen Arbeiters aus einer Stadtrandsiedlung	11	20
- DINA: Spezialisiert auf Repression	14	19
Berufsverbände -Bausteine des Ständestaates	10	47
DER IDEOLOGISCHE KAMPF		
Die ideologische Offensive der Junta	7	7
Gute Faschisten - Böse Arbeiter	8	30
Die Situation der Hochschulen in Chile	13	12
Propagandawelle der Junta	13	15
Befehlen und gehorchen	15	16
MILITÄR		
- Komuniqué der Streitkräfte	5	8
- Zusammensetzung der chilenischen Streitkräfte	5	8
- Auszüge aus der Rücktrittserklärung, die General Carlos Prats, Chef der Armee und Verteidigungsminister am 23. August an Präsident Allende richtete	5	26
- Das Militär am Tag des Putsches und danach	10	24
- Krisen des Kapitalismus und militärische Intervention in Chile (Analysen)	13	31
- Waffenprobleme der Junta	14	17

	Nr.	S.
KIRCHE		
- Reaktionen der Christen: Die Chilenischen Christdemokraten und die Politische Entwicklung der Christen (Auszug aus: Kristischer Katholizismus Nr. 10 Okt.73)	9	11
- Brief eines Geistlichen aus Santiago	9	13
- Predigt, gehalten am 31.10.73 Politisches Nachtgebet zu Chile, in der Heilig-Kreuz Kirche, Berlin Kreuzberg	9	15
- Theologie des Massakers: Zu den theologischen Positionen der Rechten in Chile	14	20
FREI		
Frei und die CDU	8	38
Frei - ein Christdemokrat	9	24
Auszug aus "Spiegel" Nr. 12/1965	9	24
Öffentlicher Brief von Punto Final an den Senat	9	25
Interview der Zeitung ABC (Spanien) vom 10.10. 1973 mit Eduardo Frei	9	31
SITUATION IN SCHULEN UND HOCHSCHULEN		
Die Situation an Hochschulen in Chile	13	12
Befehlen und gehorchen-Zu Schulprogrammen der Junta	15	16
DOKUMENTATION		
Rede Allendes in der Diputiertenkammer Ende August	5	18
CHILENISCHE LINKE IN CHILE		
- Die Position des MIR - Interview mit Miguel Enriquez, Generalsekretär des M.I.R.	8	17
- Die Position der KP Chiles -"Appell an das chilenische Volk" der Kommunistischen Partei Chiles vom 11. Oktober 1973 (Auszug)	8	22
- Erklärung der Politischen Kommission des MAPU	10	16
- Aufruf des MIR - An die Arbeiterklasse und das Volk	12	2
- Botschaft des MIR	13	26
- Erklärung des MAPU - Ein halbes Jahr nach dem Staatsstreich in Chile	14	31
- Aufruf des P.C.	14	36
- Interview mit Miguel Enriquez, MIR	15	19
- Interview mit Jaime Gazmuri, MAPU -OC	15	29
CHILENISCHE LINKE AUSERHALB CHILES		
- An die Völker: Für Chile - Aufruf leitender Persönlichkeiten der Unidad Popular	6	24
- Interview mit Luis Badilla - Die Position der Christlichen Linken	8	9
- Presseerklärung des MACHI - Chilenische Antifaschistische Bewegung	11	26

	Nr.	S.
- Botschaft Altamiranos an das chilenische Volk Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles	12	16
- Die chilenische Linke im Ausland	12	22
- Die Kampagne "Oscar Garretón"	13	6
- Erklärung der Chilenischen Linken	13	16

VERFOLGUNG , KONZENTRATIONSLAGER , FOLTER , TOD

- Folterbericht (Übersetzung aus LE MONDE vom 25.9.73)	6	9
- So sind die Konzentrationslager in der Hauptstadt Chiles	8	25
- Bericht aus dem Nationalstadion	9	21
- Zur Situation von Verfolgten	10	4
- Zur Situation der Verfolgten - Manifest aus der Venezolanischen Botschaft - Von einem "Zufluchtsort vor der Repression" in Santiago an die Öffentlichkeit	11	5
- Richtlinien für die Verfolgung	11	7
- Zwangsarbeit - Folter - Tod	11	10
- Die zweite Terrorwelle	11	13
- Rettet Bautista Von Schouwen	12	1
- Normalisierung durch Hunger und Terror	12	6
- Die Studenten im Stadion Chile und der Tod von Victor Jara	12	10
- Die Verfolgung läßt nicht nach	13	1
- Die Kampagne "Oscar Garretón"	13	6
- Langsamer Mord und Kriegstreiberei	15	2
- Solidarität mit den chilenischen Ärzten	15	7
- Sodidarität mit den chilenischen Gewerkschaftern	15	9

JURISTENKOMMISSIONEN - B.R. TRIBUNAL

- Die Repräsentanten von drei internationalen Juristenkommissionen klagen öffentlich die systematische Übertretung der Menschenrechte an.	8	24
- Bertrand Russel Tribunal II: Unterdrückung in Brasilien. Chile und Lateinamerika	15	38
- Menschen und Gorillas- Menschenrechte im Würgegriff der Militärjunta (Internationale Juristenkommission Amnesty International und Studiengruppe der Christdemokratischen Partei unter Vorsitz P. Aylwins und J. Castillos über die Rechtslage in Chile	14	50

PROZESSE

Der Prozess: General Bachelet und andere, angeklagt wegen Verfassungstreue	Dokumentation Nr.1

CHILE - B R D

	Nr.	S.
- Besuche in Chile	7	22
- Die Haltung der Bundesregierung	7	25
- Die chilenische Wirklichkeit des "Deutsch-chilenischen Bundes"	9	6
- Chile - Entwicklungshilfe (Auszug aus "Spiegel" Nr. 12/1965)	9	24
- Deutsche Konsuln in Chile und chilenische Konsuln in Deutschland	11	27
- Deutsch-Chilenischer Freundeskreis	11	28
- CDU und BRD / CDU Lehrlinge der Putschisten	12	26
- Verfassungstreue schützt vor Faschismus nicht - Chile-BRD/ Wie eine deutsche Universität die Solidarität mit Chile bekämpft, eine Dokumentation	13	50
- Chile und die BRD - CDU-Politiker sammeln für die Junta	14	48
- Ärzte: Solidaritätskampagne	14	53
- DGB Hessen Solidaritätskampagne	14	55
- Konkrete Erfahrungen in einem Betrieb/ Ein Stundenlohn für Chile	14	57
- Chile und die BRD/ Schafft Stipendien für Flüchtlinge	15	39
- Keine Einreise für Brasilianer	15	43

AUS DER WESTDEUTSCHEN UND WESTEUROPÄISCHEN PRESSE

Chile in der westdeutschen und westeuropäischen Presse	1	3
"	2	3
"	3	3
"	4	4
"	5	9
Pressebericht	6	28
Aus der westdeutschen Presse	7	19

Flüchtlingsfrage

Zur Flüchtlingsfrage	8	39
Zur Flüchtlingsfrage	9	9
Chile-Flüchtlinge- Am Rande der Verzweiflung	10	1
Übergriffe auf die Flüchtlingslager	10	5
Brief der Chile-Komitees an Brandt	10	8
Chile-Flüchtlinge-Verschleppungstaktik	11	1
Von einem "Zufluchtsort vor der Repression" in Santiago an die Öffentlichkeit - Manifest aus der Venezolanischen Botschaft	11	5
Chile-Flüchtlinge	12	4
Argentinien: Situation der Chile-Flüchtlinge	14	42
Schafft Stipendien für Flüchtlinge!	15	34
Keine Einreise für Brasilianer- Brasilianische Chile-Flüchtlinge berichten aus Argentinien	15	43

CHILE - LATEINAMERIKA

	Nr.	S.
- Brasilierung Lateinamerikas? z.B. Perú	7	27
- z.B. Argentinien	7	29
- Die peruanischen Militärs	8	36
- Der faschistische Militärputsch in Chile und die Repression in Perú	10	40
- Argentinien: Frau Perón trifft sich mit chilenischen Faschisten	10	43
- Chile und Cuba	10	43
- Die Repression in Uruguay	11	23
- Faschisten unter sich: Chile und Bolivien	12	23
- Bolivien: Arbeiter und Bauern kämpfen gemeinsam gegen das faschistische Regime	13	44
- Argentinien: Brief aus Buenos Aires	13	45
- ERP, ELN, MIR, TUPAMAROS	14	38
- Argentinien: Situation der Chile-Flüchtlinge	14	42

Solidarität mit Chile: Aktionen, Demonstrationen

- Chile-Veranstaltungen in der BRD	1	6
- "	2	7
- "	3	7
- "	4	10
- Aufruf an die Bundesregierung	5	1
- Solidaritätsaktionen	5	10
- Demonstrationen in Westeuropa	5	12
- Brief der Bundesvorstands der Jungsozialisten in der SPD	5	16
- Solidaritätsaktionen in der BRD und Europa	6	20
- Betr. Chile	6	22
- Resolution der Welt-Föderation demokratischer Jugend, Budapest 12.9.73	6	26
- Resolutionen des europäischen Jugendtreffans Paris, 22.9.73	6	27
- Aktion-Patenschaften	8	42
- Arbeitsplätze für Verfolgte aus Chile	8	42
- Rettet Bautista van Schouwen	12	1
- Die Kampagne "Oscar Garretón"	13	6
- Ein Stundenlohn für Chile- Konkrete Erfahrungen in einem Betrieb	14	57
- DGB Hessen: Solidarität mit Chile	14	55
- Ärzte-Solidaritätskampagne	14	53
- Chile Kampagne in der Schweiz	14	59
- Solidarität mit den chilenischen Ärzten	15	7
- Solidarität mit den chilenischen Gewerkschaftern	15	9
	dazu siehe Beilage Nr.14	

SOLIDARITÄT MIT CHILE: KOORDINATION

Chile-Komitees: BRD und Westberlin	10	55
	12	35
Chile-Komitees: Westeuropa	11	28
Chile-Komitees: Lateinamerika	10	56
Kontaktadressen für Flüchtlingsfragen	10	56
Europäisches Koordinationstreffen Liège	5	12
Manifest des europäischen Koordinationskollektivs	6	23
Gemeinsame Erklärung der Chile-Komitees aus der Bundesrepublik und Westberlin- Frankfurt a. M.	7	30
Solidarität in Europa	9	39
Kommunique des Koordinationstreffens der westeuropäischen Chile-Komitees	12	3
Resolution der Westeuropäischen Chile-Komitees	12	36

INFORMATIONSQUELLEN

BÜCHER, ZEITSCHRIFTEN, BROSCHÜREN Nr./S.

1/4,2/5,3/5,4/6,6/29,7/35,9/40,10/58,13/57,13/59,14/62,15/47

FILME, DIA-TON-SERIEN

1/5,5/10,7/37

Platten

13/58,15/47

Plakate 1/5,11/31

1/5,11/31

Radiostationen

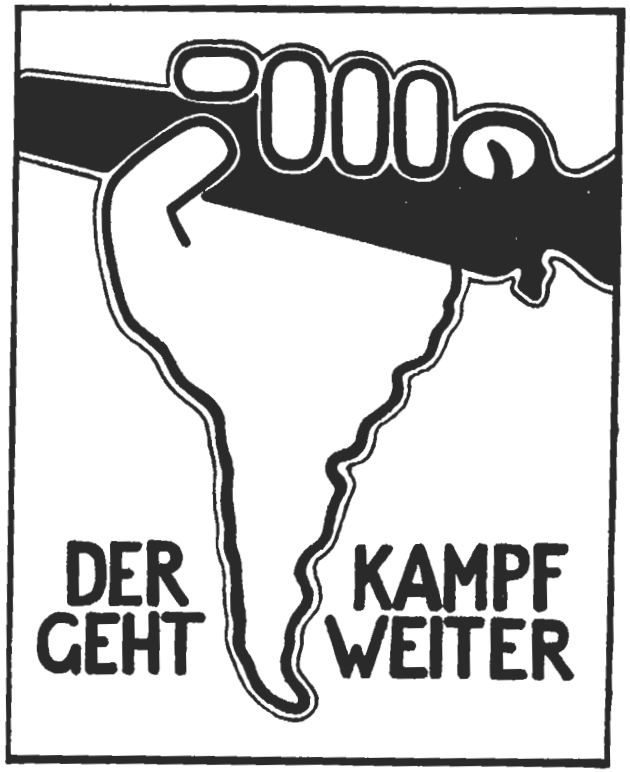
2/6,6/29

Unterrichtsmaterial

8/46

ANALYSEN - DISKUSSIONSFORUM

	Nr.	S.
Der "chilenische Weg": zwei Jahre danach	Sonder-	
Imperialismus in Chile	nummer	1
Machtprobe in Chile	"	
Chile: Die Machtfrage	"	
Die Konterrevolution in Chile	"	
Krisen des Kapitalismus und militärische Intervention in Chile	13	31
Diskussionsforum	13	61



Es sollen hier nicht die Fehler und Differenzen aufgezeigt werden, die aus den oft konträren Positionen zu Form und Inhalt dessen resultieren, was unter antiimperialistischem Kampf und unter Solidarität verstanden wird. Gemeinsam ist den meisten Positionen und Aktivitäten mit dem Anspruch antiimperialistischer Solidarität, daß sie zu wenig auf die politischen Bedingungen, Erfahrungen und Bewußtseinsstrukturen in der bundesdeutschen Bevölkerung, in den Arbeiter-, Schüler-, Lehrer- und Studentenschichten eingehen, auf das auch hier in breiten Kreisen noch vorherrschende reformistische und latent antikommunistische Verhalten.

Es gibt kein sicheres Modell für antiimperialistische und antikapitalistische politische Arbeit und es gibt keinen sicheren Katalog der Lehren aus den chilenischen Ereignissen. Die Unterstützung für ein sozialistisches Chile, für den Widerstand und die Flüchtlinge muß überleiten zu praktischer Hilfe und theoretischer und politischer Informations- und Aufklärungsarbeit im beruflichen und gesellschaftlichen Wirkungskreis. Informationen und wissenschaftliche Aufarbeitung, politische Agitation und Aufklärung über all die Probleme, die Chile neu aufgeworfen hat, muß sich auch an dem Problemen und der Betroffenheit der je unterschiedlichen Zielgruppen in Gewerkschaften, politischen Gruppen, Schulen, Universitäten, Jugendheimen etc. orientieren. Studenten und Dozenten in den Universitäten und Fachhochschulen können Lehrveranstaltungen zu Chile anregen, wissenschaftliche Aufarbeitungen, Sammlungen, Veranstaltungen und teach-ins,

Lehrer und Schüler können Unterrichtsmaterial erarbeiten und anfordern, Schulveranstaltungen mit Filmen, Dia-Serien und Platten, für Teamer und Arbeiter in Gewerkschaften und Bildungsveranstaltungen sollte Schulungsmaterial erarbeitet werden, Sammlungen und Veröffentlichungen in Gewerkschaftszeitungen unterstützt und die bereits laufenden Solidaritätsmaßnahmen für Kollegen in Chile und chilenische Gewerkschafter in der BRD erweitert werden.

Solche und andere wichtige Maßnahmen und Aktivitäten werden bereits an vielen Orten durchgeführt. Aber sie sind noch zu wenig bekannt, um Anregungen und Erfahrungen daraus ziehen zu können. Nach dem Bericht über die chilenischen Gewerkschafter und über die Initiative des hessischen DGB zu Solidaritätsmaßnahmen mit chilenischen Kollegen , die eine breite gewerkschaftliche Unterstützung von seiten der deutschen Arbeiter zum Ziel hat (vgl. CHILE-NACHRICHTEN Nr. 15), berichten wir in dieser Nummer über weitere solidarische Ansätze vor allem des hessischen DGB und zweier Einzelgewerkschaften.
Diese Berichte sollen Information und Anregung sein für weitere eigene Initiativen, und sie sollen fortgesetzt werden; wir bitten darum, Berichte und Informationen zu ähnlichen Ansätzen in anderen Gewerkschaften, Gruppen, Schulen, Heimen etc. zur Veröffentlichung an uns zu schicken.

Solidarität in Gewerkschaften

Auf Initiative des hessischen DGB sind bereits zahlreiche Unterschriftenlisten von Kollegen aus Betrieben, Betriebsräten, Bezirks- und Ortsverwaltungen der Einzelgewerkschaften, von Gewerkschaftsschulen und von Hauptvorständen eingetroffen. Außerdem unterzeichnete der gesamte Vorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der Industriegewerkschaft Metall sowie der Bundesjugendsekretär der Industriegewerkschaft Metall.
Ein genauer Bericht zum Ergebnis der Aktion erscheint in der nächsten Nummer der Chile-Nachrichten.

Der hessische Landesvorstand des DGB und der Bundesjugendausschuß des DGB haben daneben eine Vielzahl praktischer Maßnahmen zur Unterstützung ihrer chilenischen Kollegen, besonders der Flüchtlinge in der BRD initiiert und eingeleitet, da "gerade bei der Unterstützung der chilenischen Flüchtlinge ein Höchstmaß an internationaler Gewerkschaftssolidarität realisiert werden kann".
Zur Anregung für ähnliche Initiativen führen wir einige der Maßnahmen an:
Der Landesvorstand Hessen initiierte eine offizielle Betreuung der chilenischen Flüchtlinge seitens des DGB, Kontaktgespräche mit emigrierten Gewerkschaftsfunktionären auf Bundes- und Landesebene und in Einzelgewerkschaften, Ausländerberatungen und Partnerschaften zur gesellschaftlichen und beruflichen Eingliederung, deutsche Sprachkurse in Schulen von DGB und Einzelgewerkschaften, Umschulung und Weiterqualifizierung chilenischer Flüchtlinge über das Fortbildungswerk des DGB, Sammlungen, Hilfe bei Wohnungsbeschaffung und Arbeitssuche, sowie die Verteilung von Informationsmaterial auf spanisch über den DGB. Darüber hinaus sorgt die Jugendabteilung des DGB Hessen für die Beantragung von Stipendien bei der Stiftung Mitbestimmung, der Friedrich Ebert-Stiftung und der Friedrich Naumann-Stiftung.Sie regte an, chilenischen Kollegen mit guten Deutschkenntnissen honorierte Übersetzungsaufträge in den Gewerkschaften zu vermitteln. Sie sorgte für einen Raum im Frankfurter DGB-Haus als Treffpunkt für chilenische Kollegen, führte mit ihnen Diskussionen über aktuelle Fragen und regte an, auf den Kundgebungen zum 1. Mai chilenische Gewerkschafter sprechen zu lassen.

In der Industriegewerkschaft Druck und Papier und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die als Einzelgewerkschaft bereits vor dem Putsch Kontakte zu chilenischen Kollegen und Gewerkschaften hatten, wurden auf Bundes-,Landes- und Bezirksebene ebenfalls zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen, Sammlungen und direkte Aktivitäten durchgeführt.

Im Zentralorgan der IG Druck und Papier erschien in der Oktobernummer ein mehrseitiger Bericht zum Putsch und zur Entwicklung unter der UP-Zeit, verfaßt von einer Kollegin, die selbst in Chile war. Sie kritisierte die "Alles oder nichts"-Forderung

des MIR, macht aber vor allem das amerikanische Kapital, das privatwirtschaftliche Transport- und Einzelhandelswesen verantwortlich für die Auslösung des Putsches. In einer Chronologie zu den Ereignissen steht unter dem 16. September: "Als Folge des Militärputsches in Chile ziehen die Kurse für Kupfer auf der Londoner Metallbörse heftig an."
Die Verfasserin will aus den "drei Jahren Allende-Regierung und deren blutigem Ende" mit der Frage nach Ursachen und Wirkung des Putsches einen "Lernprozeß" initiieren.
Der Artikel endet: "Entfacht hat die Regierung Allende den Willen der Arbeiter und Bauern, sich nicht wieder beherrschen zu lassen. Sie haben einen Vorgeschmack von Sozialismus gekostet, sich mehr Rechte erringen als je zuvor. Sie werden sich ihre Errungenschaften auf die Dauer nicht kampflos nehmen lassen."

In der gleichen Nummer der Zeitung, die zentral dem Putsch in Chile gewidmet ist, wird die Erklärung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) zum Putsch abgedruckt, der sich der DGB und zahlreiche Einzelgewerkschaften angeschlossen hatten.
Zur Reaktion auf die Ereignisse in Chile in der BRD werden Äußerungen führender CDU-Mitglieder und Berichte in FAZ und WELT kritisiert.
In der Nummer vom 15. April des Organs der IG Druck und Papier erschien ein mehrseitiger Artikel zu den chilenischen Gewerkschaften, der an einen chilenischen Kollegen in Auftrag gegeben worden war. Diese Form journalistischer Aufträge soll der direkten Unterstützung chilenischer Kollegen dienen und nimmt die Anregung der Jugendabteilung des hessischen DGB auf.

Der Verfasser schreibt in dem Artikel u.a. zur heutigen Situation der chilenischen Gewerkschaften:
"Rückkehr zur Vergangenheit?
Heute ist der zentrale Gewerkschaftsbund CUT augelöst, weil er 'ein Organ politischen Charakt rs sei, das unter ausländischen, dem heimischen Empfinden fremden Einflüssen stünde.' Das Streikrecht wurde abgeschafft und der Streik zum gemeinen Verbrechen abgestempelt. Alle gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter wurden aufgelöst, die organisierten Zusammenschlüsse der Unternehmer aber bestehen weiter (so die nationale Landwirtschaftsgesellschaft SNA - Sociedad Nacional Agricola, die Gesellschaft zur Förderung der Industriebetriebe SOFOFA - Sociedad de Fomento Fabril, die chilenische Bauunternehmerkammer, die Handelskammer usw.). Außerdem wurden alle staatlichen Industriebetriebe, die von den Arbeitern selbst geleitet worden waren, ihren früheren Eigentümern zurückgegeben.
Man ist in Chile gegenwärtig dabei, nachzuzählen, wieviele Arbeiter aus politischen Gründen ihre Arbeit verloren haben. Der Präsident des CUT, Jorge Godoy, wird auf der Insel Dawson im extremen Süden des Landes gefangengehalten. Der Generalsekretär, Rolando Calderón, befindet sich als Flüchtling in einer lateinamerikanischen Botschaft (man hat ihm die Ausreiseerlaubnis verweigert), und der zweite Vizepräsident, Eduardo Rojas, ist spurlos verschwunden. Der erste Vizepräsident, Ernesto Vogel, Mitglied der Christdemokratischen Partei, hat nur sein Amt verloren. Von den anderen Gewerkschaftsführern wurden viele in den Tagen nach dem Putsch ermordet."

Im Februar erfolgte, parallel zu ähnlichen Aufrufen anderer Berufsverbände, eine breit angelegte Unterschriftensammlung mit Forderungen nach Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freilassung der gefangenen chilenischen Kollegen. Die Sammlung wurde initiiert vom Deutschen Journalistenverband, der Deutschen Journalistenunion, der Rundfunk-Fernseh-Film-Union, und dem Bund Deutscher Zeitungsverleger und fordert besonders Journalistenverbände und Zeitungsverleger auf, sich der Protestaktion anzuschließen.

Besonders aktiv bei der Initiierung und Durchführung von Solidaritätsmaßnahmen war die DJU der IG Druck und Papier. Sie organisierte Subotniks und Sammlungen in allen Bezirken, deren Erlös direkt chilenischen Kollegen zufloß.
Mitte Oktober hatte die DJU im Gewerkschaftsheim der IG-Druck in Springen ein Seminar zu Chile und Lateinamerika durchgeführt, bei dem u.a. chilenische Journalisten und der (ehem.) Staatssekretär im Bundesministerium für Zusammenarbeit Matthöfer berichteten. Titel der Veranstaltung: "Lateinamerika, Revolution und Entwicklung eines Subkontinents im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit."
In Springen fand auch Mitte Februar eine Solidaritätsveranstaltung zu Chile vom DGB-Frankfurt mit Vorsitzenden des DGB statt.
Außerdem werden in der Tagungsstätte Springen bei jedem der dort stattfindenden Lehrgänge Sammlungen für die chilenischen Kollegen durchgeführt. Eine Wandzeitung zeigt den Erlös der Sammlungen an. Bisher wurden ca. 6.5oo DM gesammelt und an das Solidaritätskonto des DGB für die chilenischen Gewerkschafter in Hamburg überwiesen.

Auch im Berliner Landesverband der IG Druck und Papier gab es Aktivitäten. Das Mitteilungsblatt des Landesverbandes brachte in der Nr. 1o/Oktober 73 ebenfalls einen Artikel zur Verurteilung des Militärputsches in Chile. Mit Berufung auf die Erklärung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) wandte sich auch der Berliner Landesbezirksvorstand "mit aller Deutlichkeit gegen den gewaltsamen Umsturz in Chile". Weiter hieß es in dem Artikel:
"In den Versammlungen der Bezirke unseres Organisationsbereichs wurden darüber hinaus weitere Resolutionen verabschiedet und die Forderung aufgestellt, es nicht bei papierenen Protesten zu belassen, sondern die Solidaritätserklärungen durch praktische und materielle Hilfe für die Arbeitnehmer in Chile zu ergänzen."

Die Zentrale Jugendgruppe (Junge Kollegen der IG-Druck) führte mehrere Veranstaltungen zur 'Solidarität mit Chile' durch mit Berichten von Augenzeugen und Diskussion.

Über die ebenfalls zahlreichen Informations- und Solidaritätsmaßnahmen, die vor allem in vielen Bezirks- und Fachgruppen der Lehrer in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und von ihnen initiiert in Schul- und Unterrichtsveranstaltungen durchgeführt wurden, können hier nur ein paar erwähnt werden. Ein kurzer Bericht, der in der jüngsten Nummer des Bundesorgans der GEW (Erziehung und Wissenschaft,Mai 1974) abgedruckt ist, erscheint als besonders wichtig, da er die Initiative des hessischen DGB aufnimmt und auf direkte Kontakte mit exilierten chilenischen Lehrerkollegen in der BRD hinweist:
"Bundesvorstandsmitglieder der GEW haben eine Delegation der in der Bundesrepublik im Exil lebenden chilenischen Lehrer empfangen.
Gesprächsgegenstände waren:
1. Die Situation der von der chilenischen Militärjunta verfolgten Lehrer , Hochschullehrer und Gewerkschaftsfunktionäre,
2. Möglichkeiten der Unterstützung für die politisch unterdrückten Kollegen,
3. die Lage der in der Bundesrepublik lebenden chilenischen Kollegen

Die GEW brachte zum Ausdruck, daß sie sich der Initiative hessischer DGB- Gewerkschaftssekretäre voll anschließe, die fordere:
- Schluß mit dem Terror gegen chilenische Gewerkschafter, sofortige Freilassung für alle politischen Gefangenen in Chile,
- sofortige Wiederzulassung des chilenischen Gewerkschaftsbundes 'Central Unica de Trabajadores de Chile' (CUT) und Freigabe des beschlagnahmten Gewerkschaftseigentums.

Die GEW verurteilte die Entlassung vieler chilenischer Lehrer und Hochschullehrer von ihren Arbeitsplätzen, ihre politische Verfolgung, Folterung und Ermordung aufs schärfste.
Die chilenischen Kollegen bedankten sich für die (vor allem auch in Frankfurt) erhaltene Unterstützung bei dem Versuch, Arbeitsplätze in der Bundesrepublik zu finden. Die GEW fordert, die Kultusverwaltungen der Länder auf, Sprachkurse und Förderungsmaßnahmen in noch umfangreicherem Maße zur Verfügung zu stellen, um die Eingliederung der chilenischen Kollegen in den Arbeitsplatz zu erleichtern.
Die chilenischen Kollegen übergaben dem Bundesvorstand der GEW eine Liste von führenden Gewerkschaftern aus dem Erziehungsbereich, die in Chile von der Militärdiktatur verfolgt werden. Die GEW übergab diese Liste der Öffentlichkeit mit dem Aufruf zur Solidarität mit dem unterdrückten chilenischen Volk."

Im Berliner Landesverband der GEW führte die Fachgruppe Kaufmännische Schulen Mitte Oktober eine größere Veranstaltung im Hause des Berliner DGB durch. Die Resolution der Veranstaltung,die bereits am 21. 9. von einer Fachgruppe der IG Bau-Steine-Erden verabschiede worden war, und der Spendenaufruf wurden auch von anderen Gewerkschafts- und GEW-Gruppen übernommen. Die Resolution wird teilweise hier wiedergegeben, um auf die Position von Teilen deutscher Gewerkschaften zu den chilenischen Ereignissen hinzuweisen:
"... diese Regierung (von Allende - d.V.) hat als erste in der chilenischen Geschichte die unmittelbaren Bedürfnisse und Interesse der Arbeiter in Stadt und Land konsequent zum Mittelpunkt ihrer Politik gemacht. Sie wurde dabei uneingeschränkt von den chilenisch Gewerkschaftskollegen des CUT unterstützt, die bereits seit Februar 1953 in immer neuen Streikwellen und durch die Generalstreiks im Mai 1954 und im November 1967 ihre Forderungen nach radikalen politischen Veränderungen zum Ausdruck brachten.
Keine Regierung hat zuvor so konsequent mit lange überfälligen Strukturreformen Voraussetzungen für einen Weg aus der Abhängigkeit zu eigenständigem wirtschaftlichem Aufbau und zu sozialer Gerechtigkeit geschaffen.

Wir Gewerkschafter verurteilen aufs schärfste den Sturz der verfassungsmäßig gewählten Regierung der Unidad Popular, die völlige Mißachtung des Willens von Millionen von Arbeitern und Bauern und den brutalen Terror, den das Kapital zur Rettung seines Einflusses in Chile entfesselt.
Der Kampf der in der chilenischen Volksfront organisierten Lohnanhängigen gegen das internationale Kapital ist generelle Aufgabe aller Lohnabhängigen in der Welt.
Die Zustimmung führender Politiker der CDU/CSU sowie von Teilen der Presse (FAZ und Springerzeitungen) zu dem gewaltsamen Sturz einer demokratisch gewählten Regierung zeigt, das diese Kräfte gewillt sind, Verfassung und Demokratie rücksichtslos zu zerstören, sobald die Mehrheit des Volkes Kapitalinteressen bedroht. Ihre Haltung läßt erkennen, wo die künftigen "Verfassungsfeinde" zu suchen sind.
Der gemeinsame Kampf aller Lohnabhängigen in West-Berlin und in der BRD ist ebenso notwendig wie in Chile.

FÜR KAMPFSTARKE GEWERKSCHAFTEN!
FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG DES BEWAFFNETEN KAMPFES DER CHILENISCHEN GEWERKSCHAFTEN GEGEN DAS FASCHISTISCHE MILITÄRREGIME!
KEINE WEITERFÜHRUNG DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN ZU CHILE UND DAMIT ANERKENNUNG DER JUNTA UND DER PUTSCHISTEN!
KEINE WIRTSCHAFTLICHE UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS PUTSCHISTENREGIME!
FÜR DEN GERECHTEN KAMPF DER CHILENISCHEN ARBEITER UND BAUERN!
SOLIDARITÄT MIT CHILES BEFREIUNGSKAMPF!

Spendet für die von der Militärjunta politisch Verfolgten!
Komitee "Solidarität mit Chile"
Postscheckkonto: Elfriede Kohut, Berlin West ...."

Von einzelnen Lehrern wurde Unterrichtsmaterial zu Chile erarbeitet, Schüler sammelten Artikel zur Berichterstattung in deutschen Tageszeitungen, und in einigen Schulen wurden Diskussionsveranstaltungen und Filmvorträge durchgeführt.
Eine Lehrergruppe, die Schuluntersuchungen durchführte, spendete ihr gesamtes Honorar von 2000.- DM. Und auf der Vertreterversammlung der Berliner GEW am 24. April wurde dazu aufgefordert, die Sitzungsgelder (à 10.- DM) für die Solidarität mit Chile zu spenden. Es kamen mehr als 1 800.- DM zusammen. Dieselbe VV beschloß eine Grußadresse der GEW Berlin an die Chile-Konferenz in Frankfurt vom 24.-27.4., in der auch die Forderungen des hessischen DGB unterstützt wurden - in der Erwartung, daß diese "das Bewußtsein über die Vorgänge in Chile in der Bevölkerung verbreitern, das Los der verfolgten Menschen in Chile erleichtern helfen und den Widerstand gegen das faschistische Militärregime stärken wird. " Die Resolution endet: "Insbesondere unterstützen wir die Forderungen unserer hessischen Kollegen an die Militärjunta in Chile."

-- Wir bitten nochmals um die Zusendung weiterer Berichte zu Initiativen und Erfahrungen ähnlicher Art in Gewerkschaften und anderen Bereichen. --

BUNDESÄRZTEKAMMER
(ARBEITSGEMEINSCHAFT DER WESTDEUTSCHEN ÄRZTEKAMMERN)

Postanschrift: Bundesärztekammer, 5 Köln 41, Postfach 410220

5 KÖLN-LINDENTHAL,
Haedenkampstraße 1
Telefon (0221) 416093
Fernschreiber: 8881556

Girokonto 48 002950, Städt. Sparkasse Köln
Postscheckkonto Köln 108330-509
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eGmbH
Köln, Konto 015-15550

Herrn
Dr. med. Winfried Beck

6050 Offenbach/M.
August Hechtstraße 15

1. April 1974
Dr.Br./Ad.

Betr.: Liste verfolgter Ärzte in Chile

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Vorstand der Bundesärztekammer hat sich am vergangenen Wochenende mit Ihrem am 21. Febr. 1974 an den Präsidenten der Bundesärztekammer gerichteten Schreiben, die Publikation einer Liste betreffend, befaßt. Er sah sich nicht in der Lage, Ihrem Wunsche zu entsprechen.

Die Bundesärztekammer unterrichtet den Weltärztebund als die zuständige Organisation immerdann, wenn sie Nachrichten der Art erhält, wie Sie sie uns haben zukommen lassen. Die weltweite Organisation ist unserer Ansicht nach am ehesten geeignet, die erforderlichen Schritte zu ergreifen. Sie haben wie aus dem Anschreiben hervorgeht, Ihre Informationen dem Weltärztebund bereits selbst zugeleitet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dr. Brauer)
Geschäftsführender Arzt

Frankfurt /Main, den 26.4.74

An den
Bundespräsidenten der Ärztekammer
Herrn Prof. Dr. med. Hans-Joachim Sewering

Das Präsidium der Bundesärztekammer

Den geschäftsführenden Arzt
der Bundesärztekammer
Herrn Dr. med. Brauer

5 Köln /Lindenthal
Haedenkampstraße 1

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Ihr Schreiben vom 1. April 1974, in dem Sie uns mitteilen, daß der Vorstand der Bundesärztekammer sich nicht in der Lage sieht, unserem Wunsch nach Veröffentlichung der vorgelegten Liste von der chilenischen Militär-Junta verfolgter, verhafteter, ausgewiesener und ermordeter Ärzte und anderer Angehöriger des chilenischen Gesundheitswesens zu entsprechen, haben wir erhalten. Im Namen und im Auftrag der inzwischen mehr als tausend Kammermitglieder, die unseren Brief an Sie unterzeichnet haben, bitten wir Sie dringend, der Veröffentlichung dieser Liste, einem Dokument von zeitgeschichtlicher Bedeutung, im Deutschen Ärzteblatt doch noch zuzustimmen. Wir appellieren ferner an Sie, sobald wie möglich Schritte zu unternehmen, die dazu beitragen, den verfolgten Kollegen zu helfen und den Folterungen und Ermordungen ein Ende zu setzen.

Zeit und Umstände drängen: Der in der Ihnen vorliegenden Liste aufgeführte Kollege Dr. med. Gustavo Molina (Nr. 63), Direktor des V. Gesundheitsgebietes P.r. Santiago ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren mußten, inzwischen ebenfalls ermordet worden. Prozesse der Militär-Junta gegen eine Reihe von Berufskollegen stehen bevor. Ihr Leben ist in Gefahr.

Andererseits hat sich erwiesen, daß die zunehmende Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Terrormaßnahmen der Junta in Chile nicht ohne Wirkung bleibt: So haben z.B. Dr. med. Rafael Villagran (Nr. 26) und Dr. Alfredo Jadresic (Nr. 28) die verhaftet waren, die Freiheit wiedergewonnen.

Wegen der Dringlichkeit unseres Anliegens, hatten wir alle Informationen sogleich unmittelbar an die zuständigen internationalen Organisationen, auch an den Weltärztebund weitergeleitet. Das Komité Internatinnal de la Croix-Rouge in Genf hat uns mitgeteilt:"Der Inhalt Ihres Dokuments wurde an unsere Delegation in Santiago weitergeleitet, die jeden einzelnen erwähnten Fall zum Gegenstand einer Untersuchung machen wird, über deren ERgebnisse wir Sie informieren

werden, sobald wir dazu in der Lage sein werden."

Wir betrachten die Bereitschaft des internationalen Roten Kreuzes in Genf, unverzüglich entsprechende Maßnahmen einzuleiten, als eine Bestätigung unserer Auffassung. Bitte, wenden auch Sie sich an diese Organisation, an den Weltärztebund, an die chilenische Ärztekammer und die Militärregierung in Santiago, damit die Lage der gefährdeten Kollegen erleichtert wird.

Das Wort der deutschen Ärzteschaft hat im Weltärztebund ein erhebliches Gewicht. Wir bitten Sie, unsere Dokumente an den Präsidenten des Weltärztebundes, Herrn Prof. Dr. med. Ernst Fromm weiterzuleiten und Ihren Einfluß geltend zu machen, damit eine Delegation des Weltärztebundes zur Überprüfung der Verfolgungen nach Chile entsandt wird.

Es steht zu befürchten, daß die Verfolgung in Chile in den nächsten Wochen und Monaten weiter zunehmen wird. Wir möchten mit unseren beschränkten Mitteln dazu beitragen, daß die Öffentlichkeit erfahrt, was dort mit unseren Kollegen geschieht.

Dr. med Winfried Beck
605 Offenbach/Main
August Hechtstraße 15

Matthis Bromberger, Ärzt
6 Frankfurt/Main
Triftstr. 15

Reinhart Bußman, Arzt
6 Frankfurt/Main
Neumannstraße 13

Prof. Dr. med. H.-U. Deppe
6 Frankfurt/Main
Neuhaußstr. 5

Ernst Girth, Arzt
Töplitzstraße 3

Dr. med. Götz Kaiser
6 Frankfurt/Main
Böhmerstraße 40

Dr. med. Björn Lemmer
6 Frankfurt/Main
Bleichstraße 48

Dr. med. Hans von Lüpke
6 Frankfurt/Main
Auf der Körnerwiese 6

Dr. med. Hans Mausbach
6 Frankfurt/Main
Gerhart-Hauptmann-Ring 73

Dr. med. Michael Regus
6 Frankfurt/Main
Mörferder Landstr. 79

Prof. Dr. med. Vokmar Sigusch
Morgensternstraße 39

Dr. med. Gerhard Wiethold
6 Frankfurt/Main
Klüberstraße 16

i.A.

(Prof. Dr. med. H.-U. Deppe)

(Dr. med. Götz Kaiser)

(Dr. med. Hans Mausbach)
(Dr. med. Michael Regus)
(Prof. Dr. med. Volkmar Sigusch)

SOLIDARITÄTSAKTION FÜR AKADEMIKER IN CHILE

In der renommierten wissenschaftlichen Zeitung 'Nature' erschien kürzlich folgender Aufruf, der unter anderen von den beiden Nobelpreisträgern F. Jacob und A. Lwoff unterschrieben wurde.

Die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft muß sich über die dramatischen Zustände innerhalb der chilenischen akademischen Gemeinschaft im klaren sein. Die Militärautoritäten, die die Macht an allen chilenischen Universitäten übernommen haben, erließen neue Regelungen, die Folgendes festsetzen:

"Jede Ernennung oder Vertrag muß ab sofort als absolut vorläufig betrachtet werden. Die Sonderkommission (eingerichtet vom Militär-Rektor) wird Verlängerungen und Beendigungen solcher Verträge in jedem einzelnen Fall bekanntgeben.

Alle Studenten müssen sich für eine Wieder-Einschreibung bewerben. Die Sonderkommission entscheidet die Annahme oder Rückweisung dieser Bewerbungen.

Jeder Professor, Angestellter, Techniker oder Student, der von einem Militär- oder Zivilgericht verdächtigt wird, wird sofort suspendiert... Jeder Verurteilter wird entlassen, Studenten werden in diesem Fall für immer von den Universitäten ausgeschlossen. Die gleichen Maßnahmen werden gegen jene ergriffen, die Vorladungen vor Gerichte folgen mußten..."

Diese Zitate stammen aus einer offiziellen Verlautbarung, die am 29. Sept. 1973 von den neuen amtierenden Autoritäten einer chilenischen Universität erlassen wurde. Analoge Entscheidungen wurden an allen anderen Universitäten getroffen, einschließlich der Universidad Catolica de Chile.

In Folge dieser Maßnahmen verloren viele Professoren und akademische Angestellte ihre Arbeit. Im günstigsten Fall (wie bei Professoren, die sich offiziell im Ausland aufhielten) wurde Wissenschaftlern 'die Erlaubnis erteilt, ihre Resignation zu erklären', die gewöhnlich umgehend angenommen wurde. Viele wurden auf Grund willkürlicher bzw. überhaupt keiner Beschuldigungen verhaftet, gewöhnlich nach einer anonymen Denunziation von Nachbarn oder Kollegen. Viele von ihnen sind noch immer in Gefängnissen. Eine offizielle internationale Juristen-Kommission konnte in vielen Fällen Beweise für physische Folterungen vorlegen.

In La Serena wurden Professoren exekutiert, die zu geringen Strafen (weniger als zwei Monate Gefängnis) verurteilt worden waren, obwohl es keine speziellen Anklagepunkte gegen sie gab. Mehrere andere Mitglieder der akademischen Gemeinschaft wurden ohne irgend eine Möglichkeit der Verteidigung hingerichtet.

Auf diese Weise wurden in verschiedenen Universitäten ganze Departments wie Geographie, Soziologie, Ökonomie und Biophysik ihres Personals beraubt.

Diese Fakten müssen bekannt gemacht werden, und Wissenschaftler auf der ganzen Welt sollten Druck auf Regierungen und

internationale Organisationen ausüben, um weitere repressive Aktionen zu verhindern.

Darüber hinaus ist aber dringend Hilfe für Akademiker nötig, die entweder bereits das Land verlassen haben, oder es in nächster Zukunft verlassen können. Wir wissen von vielen ausgezeichneten Bewerbungen auf allen Gebieten, von der Mathematik bis zu den Sozialwissenschaften.

All jene, die Labor-Plätze und Stellen anbieten können, auch zeitlich begrenzte, sollten sich an das 'Comittee of Assistance to Chilean Scientists (CACS) wenden und an M. Imbert, College de France, 75231 Paris-Cedex 5 schreiben.

H.M. Gerschenfeld Ecole Normale Superieure Paris, France

F. Jacob
F. Gros
A. Lwoff
J.P.Changeux — Institut Pasteur, Paris
Masle
P. Wall — Univ. of Copenhagen, Denmark
University College, London

Nature 248,376 (1974)

ARBEITSPLÄTZE UND STIPENDIEN FÜR WISSENSCHAFTLER AUS CHILE

Für sehr viele Wissenschaftler, die bis zum Putsch in Chile gearbeitet haben, ist die Situation 8 Monate danach noch immer dramatisch. Teils verhaftet, tei teils in Chile ohne Aussicht auf Arbeit, teils in anderen lateinamerikanischen Ländern ohne jede Perspektive, suchen sie dringend nach Arbeitsplätzen oder Stipendien.

In Berlin, wo im November 1973 eine Vermittlungsstelle gegründet wurde, die in engem Kontakt mit der Arbeitsbörse von CLACSO, dem Lateinamerikanischen Rat für Sozialwissenschaften, arbeitet, liegen mehr als 150 Lebensläufe von Wissenschaftlern aller Fachrichtungen vor, die ausdrücklich an Arbeitsstellen in der Bundesrepublik interessiert sind. Die Vermittlungsstelle ist für jeden Hinweis und für jede Bemühung um Arbeitsplätze und Stipendien dankbar. Sie arbeitet mit allen Personen, Verbänden, Organisationen, Universitäten zusammen, die daran interessiert sind.
Kontaktadresse: Dr. Urs Müller-Plantenberg, c/o Lateinamerika-Institut 1 Berlin 33 Breitenbachplatz 2.

SOLIDARITÄT MIT CHILE

Internationaler Chilekongress in Frankfurt

Organisationen und Chile-Komitees aus 16 Ländern, die etwa 260 Delegierte entsandten, nahmen am Frankfurter Chile-Kongress teil. Es war ein richtiger und wichtiger Schritt, dieses erstmalige Treffen so vieler Organisationen und Komitees zu ermöglichen. Gerade die deutschen Komitees waren offensichtlich nicht in der Lage gewesen, sich aktiv das Problem der nationalen Koordinierung zu stellen und brachten dazu sehr wohl die Erfahrung des Zusammentreffens mit anderen europäischen Komitees.

Den chilenischen Genossen wurde ein Forum geboten, das vor allem vom MAPU genutzt wurde in ausführlichen Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen.

Sowohl der Anspruch der vorbereitenden Diskussion und Mobilisierung sowie der Rückvermittlung ihrer Ergebnisse in die jeweils nationalen Diskussionszusammenhänge - als vorläufige Zusammenfassung einer langfristig zu führenden Diskussion - als auch der Anspruch der Selbstverständigung der westeuropäischen Linken über das Thema Chile hinaus, um in einen intensiveren gemeinsamen Diskussionszusammenhang zu treten und konkrete Kooperation einzuleiten, wurden nicht erfüllt. Aber es war zu lernen, daß der subjektive Reifeprozeß der revolutionären Linken noch nicht genügend fortgeschritten ist, um diese sich gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Organisationen waren nicht dazu in der Lage, Analyse oder zumindest den Versuch einer solchen mit praktischen Erfahrungen zu verbinden.- Sie waren nicht dazu in der Lage, miteinander Kontakt aufzunehmen durch Aufzeigen von Gemeinsamkeiten, stattdessen beschränkten sie sich auf gegenseitiges Aufzeigen von Fehleinschätzungen. Es gab zwar Kontaktgespräche außerhalb des "offiziellen Programms", aber innerhalb desselben wurde das Ritual der Redebeiträge, die nicht den Dialog, sondern die Bestätigung zum Ziel haben, kaum durchbrochen.

Zentrale Aspekte der einzelnen Beiträge:

- Verhältnis von Masseneinheit und Einheit der Linken an der Macht
- Trennung von ökonomischem und politischem Kampf, Verhältnis von politischer und sozialer Revolution
- In dem was als Rätebewegung in Chile bezeichnet wird, sieht man oft nur die Form, nicht den Inhalt
- Fehlen der revolutionären Partei
- Die Arbeiterklasse entwickelt ihre Partei in der Dialektik zwischen Partei und Masse
- Armee: nicht Spitze, sondern Basis muß gewonnen werden
- Doppelstrategie: Ausnutzung reformistischer Regierungen und Aufbau autonomer Klassenorgane
- Bedeutung des chilenischen Prozesses gleichgesetzt mit der Bedeutung der Pariser Kommune
- Koexistenz USA-Sowjetunion
- Möglichkeit und Strategie der Revolution ohne Unterstützung der sozialistischen Blöcke
- Reformismus von Anfang an stärkste Komponente innerhalb der UP

Es wird viel vom Scheitern des Reformismus und dem Fehlen einer revolutionären Partei gesprochen. Es wird fast nur vom Reformismus der Parteien und nicht vom Reformismus auf Massenebene gesprochen. Große Sicherheit im Be- und Verurteilen des Reformismus. Kaum Versuche auf die alltägliche Schwierigkeit in der Auseinandersetzung mit reformistischer Ideologie einzugehen.

Schließlich der Widerspruch zwischen Organisationen und Komitees: Unterschätzung der Mobilisierungs- und Politisierungsmöglichkeiten der Chile-Komitees. Fatales Trennen von Solidaritätsbewegung und politischen Organisationen, bzw. politischer Diskussion. Dieser Trennungsversuch setzte sich in einigen deutschen Komitees fort, wo Theoriefeindlichkeit mit berechtigtem Infragestellen der Vermittlungsmöglichkeit zusammenfiel. Aber die Mehrzahl der Komitees war für die Zusammengehörigkeit politischer Auseinandersetzung und Solidaritätsbewegung. Voraussetzung: kein Sektarismus gegenüber Chile und dem jeweiligen ei genen Land - Komitees für unorganisierte Genossen und breite Teilnahme von Organisationen. Organisationen haben oft national gebundene Interessen - Komitees sollten die Vermittlung suchen, erhalten und weiterentwickeln.

INTERNATIONALE CHILE KONFERENZ IN FRANKFURT AM MAIN VOM 23.-27. April 1974

R E S O L U T I O N

Vom 23. bis zum 27. April hat in Frankfurt eine internationale Chile Konferenz stattgefunden an der zahlreiche Unterstützungskomitees für den Wiserstand des chilenischen Volkes und politische Organisationen und Gruppen der revolutionären Linken Europas teilgenommen haben. Politische Beiträge zu dieser Konferenz sind auch von dem MIR, dem MAPU, der PS Chile und den "Cristianos por el Socialismo" und von anderen Organisationen der Linken Lateinamerikas geleistet worden. Im Verlauf der Konferenz haben die Delegierten über die Bedeutung der chilenischen Erfahrung diskutiert, über die Lehren, die sich daraus für die revolutionären Kräfte in Europa ergeben und über die Leitlinien für die Solidaritätsarbeit für den Kampf des chilenischen Volkes. Die Konferenz wurde durch die Diskussion und eine Demonstration abgeschlossen.

Die Schwierigkeiten, die im Diskussionsverlauf auftraten, gehen nicht nur darauf zurück, daß es objektiv und notwendigerweise schwierig ist, sich zwischen teilweise so heterogenen politischen Kräften zu verständigen, sondern auch und vor allem auf den Umstand, daß es sich hier um das erste derartige Treffen handelte und noch jede Einübung hierfür fehlte. Diese Schwierigkeiten jedoch, wie auch das Fehlen einiger europäischen Organisationen können die Bedeutung und den Erfolg der Konferenz nicht mindern, die einen wichtigen Schritt in der Richtung einer Koordination der europäischen revolutionären Linken darstellt.

Dies ist eine unentbehrliche, wenn auch nicht nicht hinreichende Voraussetzung dafür, daß die Diskussion und die politische Theoriebildung sich innerhalb jeder Organisation auch mit Bezug auf die europäische Situation entwickelt. Dieses Ergebnis konnte dadurch erreicht werden, daß alle anwesenden Organisationen - wenn auch in verschiedenem Maße und in unterschiedlicher Art an der Mobilisierung für die Solidaritätsarbeit für den chilenischen Widerstand befasst haben und sich deshalb notwendigerweise auch mit den Grundproblemen auseinanderzusetzen hatten, die diese Arbeit bestimmen.

Hauptanliegen der Konferenz war die Wiederaufnahme der Mobilisierung und der Solidaritätsarbeit für den chilenischen Widerstand auf breiter Basis. Alle zustimmenden Organisationen wollen weiter die Mobilisierungsarbeit vorantreiben, und werden dazu die Diskussion der Konferenz auswerten und weiter vertiefen. Diese Anstrengung zur verstärkten Mobilisierung werden alle teilnehmenden Organisationen der Solidaritätskampagne mit dem chilenischen Volk unter dem Zeichen des anti-imperialistischen Kampfes gegen die ökonomischen und politischen Kräfte stellen, die den faschistischen Staatsstreich in Chile zu verantworten haben.

Ziel der Mobilisierung ist es, die Regierungen und die Wirtschafts- und Finanzkräfte in allen Ländern daran zu hindern, der chilenischen Junta materielle Unterstützung zu geben.
Ziel der Mobilisierung ist es, die Chile-Arbeit in den Gewerkschaften und in allen Arbeiterorganisationen zu verstärken und darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter, wie das schon in einigen Fällen geschehen ist, die Produktion und die Lieferungen für Chile blockieren.
Ziel der Mobilisierung ist es, den Druck auf die Regierungen zu verstärken, daß sie Stellung gegen die Folterungen und die Morde beziehen müssen, die die chilenische Regierung begeht, und daß sie sich für die Freilassung und für politisches Asyl für die Gefangenen der Junta einsetzen müssen.

Die Konferenz beschließt die Bildung einer Koordinierungskommission für die Solidaritätsarbeit für lateinamerikanische Flüchtlinge in Europa und die Verbreitung von Informationsmaterial.

Der proletarische Internationalismus will er über nur materielle Solidarität hinausgehen - kann nicht auf eine Bereicherung aus der politischen Auseinandersetzung auf internationaler Ebene und auf ein tiefes Verständnis der Notwendigkeiten im Klassenkampf verzichten. Deshalb ist die Frankfurter Konferenz als ein erster Schritt zu der richtigen Richtung anzusehen. Natürlich geht es nicht darum, Ziele anzusteuern, die die bestehenden Unterschiede und Gegensätze unter den revolutionären Organisationen Europas verwischen oder übergehen. Im Gegenteil ist es richtig, alle diese Fragen mit der größtmöglichen Klarheit anzugehen, um deutlich zu machen, was uns eint und was uns trennt. Wir müßen außerdem jede Anstrengung unternehmen, um Beziehungen auch jenen revolutionären Kräften gegenüber zu entwickeln, die in Frankfurt aus eigener Entscheidung heraus abwesend waren, um Fortschritte auf dem Weg zu Aktionseinheiten auf europäischer Ebene zu machen.

Daher beschließen wir:

1.) zu theoretisch-politischen Diskussionsinitiativen über entscheidende Fragen, die für alle revolutionären Kräfte in Europa von Bedeutung sind, einzuladen.
2.) eine ständige und schnelle Möglichkeit gegenseitiger Konsultationen zu schaffen, indem ein Koordinationsorgan eingerichtet wird, das - außer den Kräften, die diese Konferenz vorbereitet haben - auch andere wichtige revolutionäre Organisationen umfaßen soll.

Frankfurt am Main, den 27. April, 1974

In einer an die Frankfurter Konferenz anschließenden Versammlung haben sich die europäischen Chile-Komitees darauf geeinigt, die letzten beiden Punkte der Resolution als eine Angelegenheit der politischen Organisationen zu betrachten. Sie haben im übrigen die Resolution unterschrieben, aber außerdem eine gemeinsame Erklärung zur Frage der Solidarität verfaßt, die hier folgt.

INTERNATIONALE KONFERENZ DER CHILE-KOMITEES IN FRANKFURT

RESOLUTION DER WESTEUROPÄISCHEN KOMITEES

Die europäischen Komitees für Solidarität mit dem chilenischen Volk und seinem Widerstand, die sich vom 23.4. bis 28.4.1974 anlässlich einer internationalen Konferenz versammelt haben, bekräftigen ihren gemeinsamen Willen, die konkreten Aktionen der Solidarität und der Hilfe für den chilenischen Widerstand zu koordinieren und noch zu erweitern.

Die Chile-Komitees haben in ihren jeweiligen Ländern konkrete Aktionen durchgeführt, die immer auch einschlossen, den chilenischen Prozess bekannt zu machen

und also auch politisch zu interpretieren. Auch wenn wir unseren Solidaritätsaktionen immer einen praktischen Charakter geben wollen, so war doch jede Aktion Ergebnis einer gründlichen politischen Debatte. Für die Komitees hat es sich deshalb niemals darum gehandelt, die Praxis von der theoretischen Analyse zu trennen.

Angesichts der aktuellen Situation und angesichts der Unterdrückung in Chile organisieren sich die Arbeiterklasse und das Volk in verantwortlicher Weise für den Kampf im Untergrund. Für uns wie für alle chilenischen Genossen, die an der internationalen Konferenz teilgenommen haben, handelt es sich um einen langandauernden Massenkampf, der unausweichlich den bewaffneten Kampf einschliesst und nicht auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, sondern auf den Sozialismus abzielt. Die chilenischen Revolutionäre stützen sich auf die Schaffung einer breiten Front unter der Führung der Arbeiterklasse. Gegenüber dem Imperialismus hat der Kampf für den Sozialismus eine kontinentale Dimension. Wir sind uns bewusst, dass die Solidarität mit dem chilenischen Widerstand heute die Solidarität mit dem Kampf der lateinamerikanischen Völker einschliesst.

Die Komitees senden einen brüderlichen und solidarischen Gruss an alle chilenischen und lateinamerikanischen revolutionären Organisationen, die ihren Kampf im kontinentalen Rahmen angehen.

Gemäß dieser Analyse muss die Solidarität andauernd, systematisch und politisch klar sein.

Diese drei Bedingungen bedeuten, dass die Hilfe sich wesentlich auf die Solidarität der Arbeiterklasse gründen muss, ohne selbstverständlich alle Formen der Hilfe, die von breiteren demokratischen Sektoren kommen können, zurückzuweisen, wenn das nicht bedeutet, die schon definierte politische Linie zu verwässern.

Die europäischen Komitees werden weiterhin die Aufgaben erfüllen, die sie sich vor sechs Monaten gestellt haben:

1.) Anklage der faschistischen Unterdrückung
2.) Weitere Verbreitung der Erfahrung der chilenischen Arbeiterklasse vor und nach dem Putsch.
3.) Ausübung von Druck auf die Regierung und Mobilisierung der Massen, um die faschistische Junta zu isolieren.
4.) Protest gegen die Verletzung der Menschenrechte und Kampagnen, um die Befreiung der politischen Gefangenen zu erreichen.
5.) Materielle und politische Hilfe für die Flüchtlinge.
6.) Sammlung von Fonds für den Widerstand.

Ausserdem gilt es, in Zukunft neue Aktionen zu entwickeln, die auf europäischer Ebene koordiniert werden:

1.) Kampf gegen die multinationalen Konzerne.
2.) Internationaler Boykott des chilenischen Kupfers.
3.) Internationaler Boykott der Sendung von Waffen nach Chile.
4.) Wirtschaftsboykott der chilenischen Junta.

Das bedeutet, dass die folgenden Dinge nötig sind:

a) Die nationale Koordination in den Ländern, wo es nötig ist, zu bilden und die europäische Koordination durch Schaffung spezifischer Gremien zu stärken.
b) Sich klarer auf die Solidarität der Arbeiter in den Häfen, Waffenfabriken, multinationalen Konzernen, Banken usw. zu stützen, indem man über die chilenische Wirklichkeit in geeigneter Weise informiert und eine systematische Anstrengung unternimmt, um Initiativen und Informationen mit den interessierten Gewerkschaften zu koordinieren.
c) Die europäischen Chile-Komitees werden in ihren Ländern die Möglichkeit einer internationalen europäischen Manifestation in Paris im Juni klären, in der die gemeinsamen Themen, die wir in dieser Erklärung definiert haben, ihren Niederschlag finden müssen.

Der MAPU über die Solidaritätsarbeit

DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT: EINIGE GRUNDORIENTATIONEN

1. Warum ist die internationale Solidarität für den chilenischen Widerstand wichtig?
Eine marxistisch-leninistische Linie für die Revolution in Chile, die Strategie des Volkskriegs, die der MAPU vorantreibt, setzt voraus, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen. So wichtig die Hilfe von außen ist, besonders in der ersten Phase, sie wird immer sekundär sein im Verhältnis zu den eigenen Kräften.
Im Kontext dieser unserer Definition betont unsere Partei, daß die internationale Solidarität ein äußerst wichtiger Faktor für den revolutionären Kampf in Chile ist. Das ist sie bis heute gewesen, und das muß sie noch viel mehr in der Zukunft sein.
Diese Bedeutung hat ihren Grund in einigen zentralen Aspekten der gegenwärtigen politischen Situation.
Von einer wachsenden inneren Krise betroffen und international durch seine ständig zunehmenden Niederlagen auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet zum Rückzug gezwungen, konzentriert der nordamerikanische Imperialismus seine Aggression auf Lateinamerika und sucht heute, Chile einen tödlichen Schlag zu versetzen.
Im Rahmen dieser allgemeinen Situation spielt Chile gegenwärtig für den Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker eine führende Rolle.
Die chilenische Militärdiktatur hat, außer der Überausbeutung des Volkes, dem Terror und der Unterdrückung, weder jetzt noch in Zukunft eine wirkliche, dauerhafte Basis, auf die sie sich stützen könnte. Wie die Erfahrung der letzten Monate zeigt, verliert die Junta nicht nur ihre innere soziale und politische Basis, sondern sie isoliert sich auch international in immer dramatischerer Weise. Und das ist eine der wichtigen Bedingungen für ihre gegenwärtige Schwächung und für ihre Niederlage in der Zukunft.
Die gegenwärtige Phase des Kampfes, in der den demokratischen und gegen die Diktatur gerichteten Aufgaben prioritäre Bedeutung zukommt, erfordert und ermöglicht die Hilfe vieler Regierungen und breiter fortschrittlicher und demokratischer Sektoren, die daran interessiert sind, die faschistischen Herrschaftsformen zu bekämpfen, wie sie die chilenische Militärjunta anwendet.
Die Wirklichkeit zeigt nur zu gut die enorme Bedeutung solcher Aktionen.
Die gegen das Volk und seine politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gerichtete Unterdrückung, grausam und blutig, wie sie ist, hat die Parteien und die Volksbewegung zu einem schwierigen und kostspieligen Prozeß der Reorganisation gezwungen, undurchführbar auf kurze Sicht ohne die Hilfe von außen.
Der Widerstand des chilenischen Volkes wird einen schweren und langen Weg hinter sich legen, unterschiedliche Phasen durchlaufen und verschiedenen, äußerst mächtigen Feinden entgegentreten müssen. Die wirkliche Entwicklung des proletarischen Internationalismus der Völker der Welt wird immer ein Faktor von vitaler Bedeutung sein, der den Fortschritt des revolutionären Prozesses entscheidend stärken wird, bis der Endsieg erreicht ist.

2. Die internationale Solidarität muß, damit sie wirklich effektiv ist, einer korrekten strategischen Linie für die chilenische Revolution entsprechen. Sie muß, in diesem Sinne, dem ausgedehnten Charakter des Kampfes entsprechen.
Der MAPU geht davon aus, daß der Kampf des chilenischen Volkes unzweifelhaft ein ausgedehnter Kampf sein muß. Gemäß dieser Definition stellt er die Frage nach dem Charakter, den die internationale Solidarität haben muß.
Es ist dies einer der entscheidenden Punkte der Außenarbeit und, ohne Zweifel, einer der Aspekte, die schwer zu verwirklichen sind. Das spontane Nachlassen der Solidaritätsarbeit ist eine reale Gefahr, die man schon sehen kann. Und es kommt nicht nur darauf an, die solidarischen Aktivitäten aufrechtzuerhalten, sondern diese müssen sich mit einem Rhythmus der Beschleunigung entwickeln.

3. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es grundlegend wichtig, daß die internationale Solidarität einen profunden ideologischen und politischen Inhalt hat.
Das kann nicht bedeuten, daß man die humanistischen Aspekte der chilenischen Situation geringschätzt. Diese müssen sogar entwickelt werden, weil wir im Hinblick auf sie wichtige demokratische Sektoren gewinnen werden.
Das Entscheidende ist, daß die zentrale und wichtigste Grundlage der Solidarität der ideologische und politische Inhalt ist, das Wesen selbst des chilenischen, lateinamerikanischen, weltweiten Klassenkampfes, die Klassenwidersprüche zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern.

4. Eine andere Grundorientation muß der antiimperialistische Charakter sein, den die internationale Solidarität haben muß. Dem chilenischen Widerstand zu helfen, das muß gleichzeitig bedeuten, den antiimperialistischen Kampf aller Völker voranzutreiben. Jene Unterstützung muß also im Rahmen der Entwicklung dieser Aufgaben geleistet werden.
Sich mit Chile zu solidarisieren, das muß bedeuten, sich mit dem antiimperialistischen Kampf des chilenischen Volkes zu solidarisieren, den gemeinsamen Feind der lateinamerikanischen Völker, den Yankee-Imperialismus, zu bekämpfen und den Kampf aller Völker gegen die imperialistische Herrschaft voranzutreiben.

5. Die internationale Solidarität muß auch einem weiteren grundlegenden strategischen Prinzip der chilenischen Revolution entsprechen: dem kontinentalen Charakter des Kampfes.
Der MAPU hat gesagt: "Der revolutionäre Kampf unseres Volkes wird nicht in seinen nationalen Grenzen eingeschlossen bleiben. In einem höheren Moment des Kampfes wird die Aktion des nordamerikanischen Imperialismus unserer Revolution einen notwendigerweise kontinentalen oder internationalen Charakter geben. Eine notwendige und für den Sieg der Revolution in Chile und den anderen Ländern des Kontinents entscheidende Bedingung ist deshalb jetzt und in Zukunft der gemeinsame Kampf des Proletariats und der Völker Lateinamerikas gegen seine gemeinsamen Feinde."
Sich mit Chile zu solidarisieren, das bedeutet - und wir denken, daß so die Arbeit orientiert werden muß -, den revolutionären Kampf aller unterdrückten lateinamerikanischen Völker zu unterstützen.

6. Ein Aspekt, der mit den letztgenannten eng verknüpft ist und sie mit Inhalt füllt, ist, daß die Solidaritätsarbeit sich gemäß einer korrekten Massenlinie entwickelt. Das bedeutet, daß die Arbeit ausgehend von den eigenen Problemen der Massen in den jeweiligen Ländern vorangetrieben und entwickelt werden muß.
Der wichtigste Vorkämpfer der Solidaritätsarbeit muß die Arbeiterklasse sein; um sie herum muß man die breitestmöglichen Schichten des Volkes sammeln und die Sektoren der Bourgeoisie verpflichten, die in irgendeiner Form zu einem Beitrag bereit sind.
Allein die Massen sind fähig, der solidarischen Aktion einen revolutionären Inhalt zu geben. Diese Aktion muß eine Konsequenz des Kampfes für ihre eigenen Interessen sein.
Jede andere Form des Verständnisses der Solidaritätsarbeit führt dazu, daß sie notwendigerweise in Subjektivismus oder Emotionalität verfällt und zu Oberflächlichkeit und schnellem Tod verurteilt ist.

7. Die internationale Solidarität muß breit und zutiefst der Einheit verpflichtet sein.
In der Hilfsarbeit für Chile müssen die Sektoren, die sich direkt der Revolution und dem Sozialismus verpflichtet haben, eine zentrale Rolle spielen. Aber auch die Regierungen und die politischen und sozialen Sektoren, die sich in irgendeiner Form und auf irge deiner Ebene der chilenischen Militärjunta widersetzen, ja sogar die, die ihren faschistischen Aktionen einfach nicht helfen, haben einen sehr wichtigen Platz.
Das Sektierertum, die "abgeschlossene" Arbeit verhindert nicht nur die Verbreiterung der Solidarität, sondern schadet direkt dem Kampf des chilenischen und lateinamerikanischen Volkes.
Der MAPU wird nicht nachlassen, sowohl in Chile selbst als auch in der Arbeit im Ausland unermüdlich die Einheit zu suchen.

8. Um der Solidarität einen hohen ideologischen und politischen Inhalt zu geben, um eine korrekte Massenlinie zu entwickeln, um die Einheit zu vertiefen und zu stärken, muß ein ernsthafter, freimütiger und verantwortlicher ideologischer Kampf ausgetragen werden.
Dieser ideologische Kampf muß jener breiten Einheit dienen. Er darf nicht Anlaß zu einer "Verengung" des Lagers der Solidarität sein.
Die chilenische Situation steht in einem engen Zusammenhang mit dem chilenischen, lateinamerikanischen und weltweiten revolutionären Kampf. Die Erfahrungen des chilenischen Prozesses, seine Lehren und seine Perspektiven sind von dem Befreiungskampf aller unterdrückten Völker nicht zu trennen.
Einheit und Kampf sind voneinander untrennbare Prinzipien für die Stärkung und Entwicklung der authentisch proletarischen und revolutionären Konzeptionen und den Kampf gegen rechte und linke Abweichungen.

9. Die Arbeit muß die verschiedenen Formen der Solidarität kombinieren.
Die internationale Hilfe muß gegeben werden, indem man gleichzeitig ideologische und propagandistische, agitatorische und praktische Aufgaben erfüllt.
Es müssen die Grundlagen für eine Arbeit gelegt werden, die, ausgehend von der Mobilisierung für die Deckung der unmittelbaren Bedürfnisse des chilenischen Volkes, den strategischen Erfordernissen des Widerstands entspricht.

Die verschiedenen Aktivitäten müssen darauf gerichtet sein, den internationalen Druck zu verstärken; sie müssen von den unmittelbaren Interessen des Widerstands ausgehen und der aktuellen Kräftekorrelation entsprechen, die Diktatur zu Zugeständnissen zwingen, sie diplomatisch, politisch und wirtschaftlich isolieren und die Positionen der Arbeiterklasse und des Volkes stärken.

DER REVOLUTIONÄRE WIDERSTAND DES CHILENISCHEN VOLKES WIRD SIEGEN.

EINEN STUNDENLOHN FÜR CHILE

SPENDET FÜR
DEN SIEG
DER CHILENISCHEN
ARBEITERKLASSE

Pschk. Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380 087 - 108
Kennwort: Hilfe für Chile

Deutsche Bank, 8 München, Kurfürstenplatz,
Konto - Nr. 35 - 53062. Sonya Patrick-Larthe

Informationen zur Lage der chilenischen Flüchtlinge in der BRD

Versierte "Flüchtlingsbetreuer" machen immer wieder den Unterschied zwischen "Offiziellen" und "Touristen". Der Unterschied ist nicht moralisch gemeint, obwohl unter den chilenischen Flüchtlingen hin und wieder einer sein mag, der, auf der Welle der Solidarität reitend, die Chance seines Lebens zu nutzen versucht, oder gar einer, der zu Beobachtungszwecken "geflüchtet" ist. Gegen solche Trittbrettfahrer schützt man sich am wirksamsten, indem man die Gruppe der Chilenen in die "Betreuungsarbeit" die man versucht zu leisten mit hineinbezieht.

1.
Nun zum Unterschied. "Offizielle" sind die chilenischen oder lateinamerikanischen Flüchtlinge, denen die Einreise in die BRD schon in Chile oder meistens Argentinien von der BRD-Botschaft genehmigt wurde. In vielen Fällen wurde vorher ein Arbeits- bzw. Studienplatz mit Stipendium besorgt. Das Visum hat eine bestimmte Gültigkeitsdauer, meistens für ein Jahr. Es enthält den Passus: "Erteilt mit Erlaubnis der Ausländerbehörde in ...". Die Botschaft schreibt dann "entfällt". Die betreffende Ausländerbehörde hier macht dann manchmal Schwierigkeiten : "Wie kommt die Botschaft dazu ... Wir wissen von nichts ..." usw. Da muß man fest bleiben und sagen: "Die Person hat eine gültige Aufenthaltserlaubnis, sie kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Botschaft keinen Kontakt mit der Ausländerbehörde hat, im übrigen habe das Bundesland bzw. die Stadt sich bereit erklärt so und soviele Flüchtlinge aufzunehmen. Bleibt der Sachbearbeiter stur, muß man immer den Vorgesetzten verlangen. Es ist selbstverständlich, daß man die Flüchtlinge immer bei ihren Behördengängen begleiten muß. Die Begleiter sollten, wenn irgend möglich, Mitglieder "honoriger" Organisationen sein, wie z.B. Amnesty International, Studentenpfarrer usw. In den meisten Fällen wird zunächst der Stempel "Ausländerbehördlich erfaßt" erteilt, Gültigkeitsdauer in der Regel drei Monate. In diesen drei Monaten muß man die nächsten Schritte vorbereiten.

a. Bei Studenten

Zulassungsformalitäten an der Universität erledigen. Finanzierungsnachweis erbringen (Stipendium, Garantieerklärung von angesehenen Bürgern). In der Regel verlangt die Ausländerbehörde ein Führungszeugnis, das man über das zuständige Konsulat (oder Botschaft) besorgt. Das chilenische Konsulat verbindet diese Dienstleistung mit der Aufforderung einer Loyalitätserklärung für die Junta. Sollte dies der Fall sein, kann der Betroffene verweigern und den Vorgang in der Form einer formlosen Erklärung zu Papier bringen. Diese Erklärung genügt dann als Führungszeugnis. Sollte die Behörde sich damit nicht zufrieden geben, unverzüglich einen Rechtsanwalt einschalten. Dies gilt im Übrigen bei allen Schwierigkeiten mit den Behörden. - Wir gehen hierbei von der Tatsache aus, daß die Betroffenen Inhaber von gültigen ausländischen Reisepässen sind. Wenn nicht, siehe unter 2.

b. Bei Nicht-Studenten

Handelt es sich um solche, die Forschungs- oder Lehraufträge an Hochschulen haben, läuft alles wie bei Studenten. Handelt es sich um Arbeiter, muß man sich das Visum noch mal anschauen. Ist als Aufenthaltszweck "Zu Studienzwecken eingereist" angegeben, gibt es Schwierigkeiten mit der Ausländerbehörde. Das wird meistens nicht der Fall sein, aber es ist schon passiert, daß die Botschaft die Sache vermasselt hat. In diesem Fall muß man unbedingt einen Rechtsanwalt einschalten.

Ist schon vor der Einreise in die BRD ein Arbeitsplatz vermittelt worden, dürfte nichts schief gehen. Aber in Berlin hat die Ausländerbehörde in einem solchen Fall trotzdem "Zu Besuchszwecken" hineingestempelt. Man sollte in so einem Fall energisch von der Behörde verlangen, daß dieser Stempel ungültig gemacht wird, evtl. einen Rechtsanwalt einschalten. Auf jeden Fall muß aber, neben der Aufenthaltserlaubnis, die Arbeitserlaubnis beim zuständigen Arbeitsamt eingeholt werden. Da beginnen die Probleme. Das Arbeitsamt verlangt eine Unbedenklichkeitserklärung der Ausländerbehörde, die aber wiederum die Arbeitserlaubnis des Arbeitsamtes, so daß man unversehens in den berühmt berüchtigten Teufelskreis kommt - ohne Arbeitserlaubnis keine Aufenthaltserlaubnis - ohne Aufenthaltserlaubnis keine Arbeitserlaubnis. Es gibt nämlich folgenden Stempel: "Erwerbstätigkeit erlaubt, wenn Arbeitserlaubnis vorliegt". Falls man in diesen Kreis hineingerät, sofort einen Rechtsanwalt einschalten. Dazu ist im übrigen ganz allgemein folgendes zu sagen: Ausländerrecht und Arbeitsrecht für Ausländer ist nicht jedes Anwaltes Sache. Für die Anwaltskosten könnte man sammeln oder einen Rechtshilfefonds einrichten. Einige örtlichen Studentengemeinden haben in dieser ganzen Angelegenheit schon Erfahrungen gesammelt.

2.
Einige Chilenen und andere lateinamerikanische Flüchtlinge aus Chile haben deutsche Fremdenpässe. Es ist zu klären, ob diese Personen als Asylberechtigte anzusehen sind oder aber ob sie hier das Asylverfahren durchmachen müssen. Auf alle Fälle das sogenannte "Fernverfahren" beantragen. Normalerweise müssen diese Personen in das Sammellager ausländischer Flüchtlinge nach Zirndorf (oder z.B. Friedland), es sei denn, sie können zwingende Gründe für das "Fernverfahren" erbringen, d.h. lt. § 31 AuslG können diese Gründe u.a. sein: Teilnahme an Ausbildungskursen (Deutschkurs), Gesundheitsgründen usw. - unbedingt Anwalt einschalten.

Haben die Flüchtlingen z.B. schon in einem anderen westeuropäischen Land Asyl beantragt, bzw. dort schon bekommen, scheidet ein Asylantrag in der Bundesrepublik aus. Dies gilt sogar, wenn er, ohne Asyl zu beantragen, sich längere Zeit in einem anderen Land aufgehalten hat. Alles kommt darauf an, wie die Behörden den Begriff "vorübergehender Aufenthalt" interpretieren. Der Ermessensspielraum der Ausländerbehörden ist in jedem Fall recht groß. Wichtig zu wissen ist: Ein Ausländer darf aus der BRD nur abgeschoben werden in ein Land, wo ihm keine Verfolgung droht ("Gefahr für Leib und Leben") und wo ihm keine Abschiebung in ein solches Land droht (AuslG § 14, AuslGVwv. zu § 28,6). Es kann nicht oft genug betont werden, daß diese Angelegenheiten keine Sachen für juristische Amateure sind, sondern daß immer ein Rechtsanwalt eingeschaltet werden sollte.
In Berlin hatten wir einen Fall, wo ein Chilene Asyl in den Niederlanden gefunden hatte. Der Aufenthalt in der BRD wurde nun davon abhängig gemacht, daß er in Den Haag bei der BRD-Botschaft sich einen Einreisesichtvermerk abholte. Das heißt: man kann nur in einem Land Asyl beantragen, dann aber trotzdem Aufenthalt in der BRD bekommen.

3.
Wir kommen jetzt zu den "Touristen". Das sind die Flüchtlinge, die nach dem Putsch mit gültigen chilenischen Pässen in die BRD eingereist sind, aber ohne Einreisevisum der zuständigen Botschaft.

a. Student
Wir zitieren aus "Hinweise für ausländische Studienanfänger" (herausge-

geben vom Akademischen Auslandsamt der Technischen Universität Berlin):

"Ausländische Studenten, die Staatsangehörige der Staaten sind, die in der nachstehend abgedruckten Liste aufgeführt sind (Anlage zur Durchführungsverordnung (DV) zum AuslG; alle lateinamerikanischen Staaten außer Cuba gehören dazu!), können auch nach ihrer Einreise in die Bundesrepublik eine Aufenthaltserlaubnis von der Ausländerbehörde erhalten." Der Verfasser dieses Satzes ist Regierungsdirektor beim Senator für Inneres in Berlin.

Das bedeutet, daß man solche chilenischen oder sonstige lateinamerikanischen Studenten mit gültigen Pässen ihrer Heimatländer als ausländische Studenten "behandeln" soll. Der Haken dabei ist, daß, abgesehen von der Zulassung zum Studium der Lebensunterhalt nachgewiesen werden muß. Da muß man sich also etwas einfallen lassen. Ansonsten gilt, was unter 1 b. gesagt wurde.

Schwierigkeiten gibt es, wenn sie hier arbeiten wollen. Da bedarf es des berühmten Einreisesichtvermerks (§ 5 DV zum AuslG). Man muß sich in diesen Fällen auf die Bereitschaftserklärung der Bundes- und Länderregierungen berufen, die besagt, daß man chilenische Flüchtlinge aufnehmen will. Wenn den Flüchtlingen nahe gelegt wird, erstmal Asyl zu beantragen und diese Bereitschaft bei den betroffenen Chilenen nicht besteht, sollte man argumentieren, daß diese Personen sich die Rückkehr in ihre Heimatländer nicht verbauen möchten, außerdem ihre Angehörigen dort nicht in Gefahr bringen wollen. Vielfach haben solche Personen die Ausreise aus Chile nur unter Vorwand erwirken können. Ein unnötiger Asylantrag könnte die Juntaschergen dazu veranlassen, bei den Angehörigen Nachforschungen anzustellen. Außerdem ist eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und lateinamerikanischen Sicherheitsdiensten niemals auszuschließen! (Dieses sollte man den Behörden natürlich nicht sagen!) Außerdem kann man die Behörden auf ihre Praxis bezüglich der griechischen Flüchtlinge hinweisen.

4.
Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Diejenigen Flüchtlinge, die Asylberechtigte sind oder Asyl beantragt haben, können Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Bei den anderen Flüchtlingen ist dies sehr problematisch, da es in § 1o AuslG heißt: "Ausgewiesen werden kann ... der (den) Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet..." Man kann hier natürlich keine allgemeinen Ratschläge erteilten, sondern muß von Fall zu Fall, unter Einbeziehung eines Rechtsanwaltes, urteilen.

5.
Zum Schluß noch ein Wort zu den Anpassungsproblemen. Bei Ausländern im Allgemeinen und bei solchen, die ihr Land unter solch tragischen Umständen verlassen mußten im Besonderen, kommt es evtl. zu schweren Akkulturationsproblemen. Symptome sind: Depressionen, allgemeine Lustlosigkeit, zuweilen auch Aggressivität, fieberhafte Versuche der Überanpassung oder umgekehrt Rückzug auf die eigene Gruppe, Vereinsamung uws. Über dieses Problem ist bisher kaum nachgedacht worden. Literatur gibt es bezeichnenderweise fast nur über Anpassungsschwierigkeiten der Europäer in Übersee (Beamte, Militärs).
Unsere Erfahrung ist es, daß am wenigsten die darunter leiden, die eine einigermaßen klare Perspektive haben, die politisch arbeiten (ist trotz Einschränkungen des AuslG ohne Gefährdung möglich, wenn man gewisse Vorsichtsmaßnahmen nicht außer acht läßt). In der ersten Zeit ist die Gruppe der Landsleute sehr wichtig. Nur muß man einer Gettoisierung

entgegenwirken. Man sollte die Chilenen z.B. also so bald es irgend geht (Deutschkenntnisse!) in die Arbeit der Chilekomitees mit einbeziehen, vor allem bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Darüber hinaus sollte man des öfteren mal nachsehen wie es läuft - z.B. sind Kachelöfen ein unvorstellbares Problem für Menschen, die andere Heizgeräte gewöhnt sind -, die Summe dieser Trivialitäten bewirken schließlich das Akkulturationssyndrom.

Im Übrigen: die Bewährungsprobe der Flüchtlingsarbeit kommt erst, wenn der 11. September 1973 allmählich durch andere Ereignisse zurückgedrängt wird. Die Chilenen sind dann nämlich immer noch da.
(Für evtl. Rückfragen: ESG-Ausländerpfarramt, 1 Berlin 12, Carmerstr.11)

INFORMATIONEN

--- Auf der diesjährigen Tagung des internationalen Arbeitsamtes Anfang Juni in Genf, wird auch eine Delegation der chilenischen Junta als "Vertreter" der chilenischen Arbeiterklasse erwartet. Am 8. Juni wird in Genf eine Demonstration gegen die Anwesenheit der chilenischen und griechischen Delegationen stattfinden. Das Chile-Komitee-Winterthur fordert zur Solidarität mit dieser gegen die Unterdrückung in Chile gerichteten Kampagne auf. Korrespondenzen, Resolutionen usw. sind an das

CHILE-Komitee-Winterthur
Postfach 759
CH-8401-Winterthur/Schweiz
Tel. 052-223618 (Di u. Do ab 18.00)

zu richten.

-- Das Heilbronner Komitee "Solidarität mit Chile" hat vom 18.-24. März eine Chile-Solidaritätswoche veranstaltet. Diese Veranstaltung diente der Diskussion, es fanden Theateraufführungen und Filmvorstellungen statt. Ferner sind Informationsstände mit Wandzeitungen und Dokumenten in der Innenstadt aufgebaut worden.

Im Verlauf der durchgeführten Diskussionen wurde besonders heftige Kritik am Verhalten der Bundesregierung und der Landesregierung von Baden-Würtemberg geübt. Speziell in der Flüchtlingsfrage wurde die hinhaltende Politik auf Landesebene verurteilt.
Auf Grund des Interesses der Bevölkerung konnte diese Solidaritätswoche für Heilbronner Verhältnisse als Erfolg gewertet werden.

-- Medikamente - Der Bedarf an Medikamenten in Chile ist nach wie vor groß, vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden Winter. Es besteht die Möglichkeit, die Medikamente auf einfachem und sicherem Weg an eine zuverlässige Adresse in Chile zu schicken. Einzelheiten sind zu erfahren bei:
Komitee Solidarität mit Chile Tübingen, c/o Reinhard v. Brunn
7400 Tübingen , Gartenstr. 60 Tel. (07122) 21 67 6

-- Das Chile Komitee Tübingen hat in Zusammenarbeit mit dem "Zimmertheater" Gedichte von P. Neruda, Lieder von V. Jarra, Violeta Parra u.a., Kurz-Analysen, Dias etc. zusammengestellt, die die Siege und Niederlagen des chilenischen Volkes in seiner Geschichte widerspiegeln. Näheres unter der Adresse :
Komitee Solidarität mit Chile Tübingen, s.o.

-- Am 25./26.5. findet in Frankfurt das nationale Koordinationstreffen der westdeutschen Chile-Komitees statt. Die technische Organisation wird vom KELA-Frankfurt und dem Chile-Aktiv Frankfurt durchgeführt. Zweck des Treffens ist der Erfahrungsaustausch und die Koordinierung der nächsten Aktionen. Das Treffen findet auf Delegiertenebene statt.

-- JORIS IVENS hat dem West-Berliner Chile Komite und dem Westdeutschen Chile Komitee zur ausschließlichen Unterstützung ihrer Solidaritätsaktionen eine Kopie des 1964 gedrehten eindrucksvollen Films "Le train de la victoire" (der Zug des Sieges) zur Verfügung gestellt. Der Film (8 Minuten 16mm schwarz-weiß) bietet einen Ausschnitt aus der Wahlkampagne zu den Präsidentenwahlen in Chile 1964, in der Allende als Kandidat der FRAP (Front der Volksaktion) dem Christdemokraten Frei unterlag.
Die Kopie kann von den Komitees unter der Adresse:
Chile Nachrichten, c/o ESG , 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8 angefordert werden.

-- Ali Primera hat seine neueste Langspielplatte mit dem Titel "Canción para los valientes" (Lied für die Kämpfenden) der Solidarität mit den chilenischen Genossen gewidmet. Die Erlöse aus dem Verkauf der Platte in der BRD und Westberlin werden über das Komitee Solidarität mit Chile - Westberlin vollständig dem Solidaritätsfond zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes gegen den Faschismus zugeleitet.
Von Mitgliedern des Georg-von-Rauch-Hauses in Berlin wurde eine Chile-Schallplatte herausgebracht. Sie ist zum Solidaritätspreis von 4,-- zu beziehen bei:
Joachim Müller, 1 Berlin 36, Waldemarstr. 102 (Briefmarken. Geld)

___ Die "Huasos Quincheros", eine der klassenbewußtesten Folklore-Gruppen der chilenischen Bourgeoisie bereisen gegenwärtig auf Einladung des Lateinamerika-Kreis e.V. in München und des Ibero-Amerika-Vereins in Hamburg die Bundesrepublik, um für den "nationalen Wiederaufbau" im Sinne der Junta zu werben. Über die politische Haltung dieser Gruppe ist kein Zweifel möglich. Ihr Chef hat einmal bei einem Empfang Allendes für die Führung der Streitkräfte der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese nun bald ihrer Pflicht genügten. Eine direkte Aufforderung zum Putsch.
Ihr für Frankfurt am 15. Mai geplanter Auftritt platzte bereits.
Die weiteren Pläne waren:

16.5.	Karlsruhe	26.5.	Köln
17.5.	Augsburg	27.5.	Düsseldorf
19.5.	München	28.5.	Westberlin
20.5.	Freiburg	29.5.	Wiesbaden
21.5.	Stuttgart	31.5.	Nürnberg
22.5.	Ulm	4.6.	Bremen
24.5.	Darmstadt	5.6.	Hamburg

Die Art der Durchführung dieser Veranstaltungen wird ein direkter Gradmesser für die Stärke der Chile-Solidarität in den einzelnen Städten sein.

BIBLIOGRAPHIE

Bildband: Operacion Silencio - Fotodokumentation über das Chile nach dem Putsch
Verlag der Nation (DDR) 1974

Amando URIBE
Le livre noir de l'intervention américaine au Chili
Éditions du SEUIL , 1974 27, rue Jacob, Paris VIe

Joan E. GARCÈS
El estado y los problemas tácticos en el gobierno de Allende
Editiones siglo XXI argentino

Jorge GIUSTI
Organización y participación popular en Chile - el mito del "hombre marginal"
Ediciones FLASCO 1973 Chile - Argentina

Philippe LABREVEUX
Chile bajo las botas - Crónicas del terror
Editorial Abraxas Buenos Aires 1973

Florencia VARAS, José Manuel VERGARA
Operacion Chile
Editorial Pomaire Argentina 1973

Pablo NERUDA
Gedichte 1923 - 1973
Verlag Reclam Leipzig 1973

REZENSIONEN

"Revolution und Konterrevolution in Chile" - Analysen zu einem Lehrstück, hrsg. von W.Eschenhagen, mit Beiträgen von A.Münster, V.Lühr,Clarita Müller-Plantenberg u.a., Darmstadt/Neuwied, 1974, 263 S., DM 9,80, Sammlung Luchterhand.

Der größte Teil der Beiträge dieses Buches befaßt sich unter inhaltlich-verschiedenen Gesichtspunkten mit einer Analyse und Kritik der Zeit während der Unidad Popular. Von dieser Zusammenstellung fast ausschließlich theoretischer Analysen der chilenischen Entwicklung - von denen sich als Ausnahme diejenige des Autorenkollektivs Publizistik, Berlin mit den Reaktionen bundesdeutscher Zeitungen auf die Zeit nach dem Putsch bezieht- sind einige besonders beachtenswert.
Hierzu gehört der Aufsatz von R.M.Marini u. Cristián Sepúlveda. Er erschien einen Monat vor dem Putsch - im August 73 - in der 1. Nummer einer neuen Zeitschrift, die vom "Centro de Estudios Socio Economicos"(Ceso), einer Abtlg. der Universidad de Chile in Santiago herausgegeben wurde. Die Autoren geben eine differenzierte ökonomische Analyse der verschiedenen Entwicklungsphasen der UP wieder, in der ebenso wie im Beitrag A. Münsters die Politik der Parteien der Unidad Popular aus dem Blickwinkel der Revolutionären Linken (Mir) kritisiert, jedoch nicht undifferenziert verurteilt wird.
Hervorzuheben ist außerdem der Artikel V. Lührs über die Rolle des Kleinbürgertums als Bündnispartner, in der die objektive Zwitterstellung dieser Schicht, auch im Hinblick auf ihre subjektiven Folgen, z.B. auf das daraus resultierende Verhalten, sowie die politische Einstellung untersucht wird.
Der Beitrag Clarita Müller-Plantenbergs, der die "Frau und Familie im chilenischen Klassenkampf"zum Thema hat, bringt eine Fülle von wissenswerten Fakten über die stattgefundenen Veränderungen, sowohl aus dem Bereich der Versorgung mit Konsumgütern, dem Bereich der Erziehung wie des Gesundheitswesens.
Wie in der Einleitung dieses Artikels gesagt wird, waren editionsbedingt umfangreiche Kürzungen notwendig. Es ist dies insofern bedauerlich als konkrete Beschreibungen, die man sich von der Themenstellung dieses Beitrags verspricht, allzusehr durch statistisches Material verdrängt werden.

Ursula Bernauer, Elisabeth Freitag, Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit, Dokumente aus Elendsvierteln, Laetare Verlag, Stein/Nürnberg, 1974, 168 S., DM 10.-.

Dem Bedürfnis endlich anhand konkreter Erfahrungsberichte tieferen Einblick in die Mobilisierung von unten und die Veränderung wichtiger Lebensbereiche zu erhalten, kommt dieses Buch am Beispiel des Aufbaus einer neuen Gesundheitsversorgung besonders entgegen.
Die Autorinnen haben aus ihrer praktischen Arbeit in den Elendsvierteln und Arbeitersiedlungen von Santiago Dokumente von den Bewohnern dieser Bezirke gesammelt, deren Aussagen als "Stimmen von der Basis" sowohl über ihre Selbsthilfeorganisationen in der Gesundheitsversorgung, in der Alkoholismusbekämpfung wie auch ihren Vorschlägen an die Regierung zur Lösung

des Problems ärztlicher Unterversorgung, Kindersterblichkeit und Alkoholismus besonders Raum gegeben wird.
Dieses Buch ist gerade deshalb so empfehlenswert, weil hier - wie bislang in kaum einer Veröffentlichung - die chilenische Entwicklung der letzten 3 Jahre aus der Sicht der Betroffenen selbst erfaßt wird.

Volker Lühr, Chile:Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg,Sammlung Luchterhand, 1973, 223 S., DM 8,80.

Aufgrund seiner bisher noch nicht berücksichtigten Fragestellung ist dieses Buch eine wichtige Ergänzung der bisher zum Thema Chile erschienenen Arbeiten.
Im Unterschied zu diesen steht bei Lühr nicht die Darstellung und Analyse politischer und ökonomischer Fakten im Vordergrund, obwohl sie auch berücksichtigt werden, sondern Phänomene des Überbaus und hier in erster Linie die Frage nach dem Bewußtsein der potentiellen revolutionären Subjekte. Lühr versucht, die von Frantz Fanon für Nordafrika entwickelte Theorie über die psychischen Auswirkungen kolonialer Abhängigkeit auf Lateinamerika zu übertragen, wobei er sich auf Untersuchungen von Oscar Lewis in Mexiko und Material aus Mittelamerika stützt. Diese Analyse von Überbauproblemen geschieht jedoch nicht losgelöst von den sozio-ökonomischen Grundbedingungen.

INFORMATIONEN ÜBER CHILE UND DIE DRITTE WELT GEBEN:

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg / Postfach 5328 / tel.: 71101

Die blätter des iz3w
- geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt;
- diskutieren Theorie und Praxis von Widerstandsbewegungen in Dritte-Welt-Ländern;
- geben Arbeitshilfen für Internationalismusgruppen in der BRD.

Jahresabonnement (10 Ausgaben mit ca. 40-60 Seiten) incl. Porto DM 18.—